



THE ROLE OF CIVIL SOCIETY
AN INTEGRATED PERSPECTIVE

Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Prävention bewaffneter Konflikte
Ein Programm, zur Forschung, Diskussion und dem Aufbau von Netzwerken



Menschen sichern den Frieden:

Eine globale Aktionsagenda für die
Prävention gewalttätiger Konflikte

Herausgeber:



**Bund für Soziale
Verteidigung e.V.**





Impressum

Menschen sichern den Frieden:
Eine globale Aktionsagenda für die Prävention gewalttätiger Konflikte

[People building Peace:
A global action agenda for the prevention of violent conflict]

Übersetzung: Ingrid von Heiseler

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung e.V. und Forum Ziviler Friedensdienst
www.soziale-verteidigung.de
www.forumZFD.de

Druck Art & Image Minden,
März 2006

© Global Partnership for the Prevention of armed Conflict

Die Übersetzung wurde durch finanzielle Förderung des Auswärtigen Amts und des
Instituts für Auslandsbeziehungen e. V. ermöglicht.



THE ROLE OF CIVIL
AN INTEGRATED P

Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Prävention bewaffneter Konflikte
Ein Programm, zur Forschung, Diskussion und dem Aufbau von Netzwerken



Menschen sichern den Frieden:

Eine globale Aktionsagenda für die
Prävention gewalttätiger Konflikte

Textversion vom 9. Juni 2005,
© Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict,
Übersetzung Ingrid von Heiseler,
Die Übersetzung wurde durch finanzielle Förderung des Auswärtigen Amtes und des
Instituts für Auslandsbeziehungen e. V. ermöglicht.



Vorwort der Herausgeber

Dass etablierte Nichtregierungsorganisationen / NGOs eine immer wichtigere Rolle bei der Bewahrung und Wiederherstellung von Frieden in einem umfassenden Sinne spielen, ist weithin bekannt. Meist unbemerkt von einer breiteren Öffentlichkeit haben sich jedoch über die etablierten NGOs hinaus zivilgesellschaftliche Gruppen aus der ganzen Welt in einem mehrjährigen Diskussionsprozess zusammengefunden, um ihren spezifischen Beitrag zu Friedensprozessen und ihre Vorschläge und Erwartungen an Regierungen und internationale Institutionen bis hinauf zu den Vereinten Nationen zu formulieren. Treffend gewählt ist der Titel „People Building Peace“ für das Abschlussdokument der New Yorker Konferenz im Juli 2005, mit der dieser Diskussionsprozess zusammengefasst wurde. Jenseits der Arbeit von Organisationen und Institutionen kommt hier die Gesamtheit einzelner Menschen und kleiner Gruppen in den Blick, die sich an ihrem jeweiligen Ort engagieren: Frauengruppen, Jugendliche, entlassene Soldaten, beruflich orientierte oder Entwicklungsorientierte Initiativen. Es geht um ihr Recht auf Frieden, auf Teilhabe an den politischen Entscheidungen, es geht um ihren Zugang zu einem gesicherten Leben.

Im Hintergrund des globalen Abschlussdokuments stehen Fragen wie: Wo liegen konkret die Chancen für Friedensprozesse und Peacebuilding/Friedensaufbau? Wie können vorhandene Ansätze dafür gestärkt und gefördert werden? Wie nehmen vor allem wir als weltweite Zivilgesellschaft unsere Verantwortung wahr?

Die Aktionsagenda nimmt alle in die Pflicht: Internationale Institutionen, Regionale Zusammenschlüsse auf Regierungsebene wie die EU, nationale Regierungen, aber auch uns Herausgeber, die wir als deutsche Nichtregierungsorganisationen für den Frieden arbeiten. Es geht um den Paradigmenwechsel von der Intervention zur Prävention, d.h. von der (meist militärischen) Einmischung in Krisenherden zur weit früher einsetzenden wirksamen Prävention gewalttätiger Konflikte bzw. einer weltweiten „Kultur des Friedens“. Schon auf den ersten Seiten werden die Akzente gesetzt und dem Leitgedanken „Gerechter Frieden mit friedlichen Mitteln“ zugeordnet. Hervorgehoben werden der Vorrang der lokalen Teilhabe, Gleichberechtigung trotz Anerkennung der Unterschiedlichkeit, Vielfalt der Ansätze, Nachhaltigkeit, Dialog, Verlässlichkeit, Transparenz und Lernen aus der Praxis.

Aber das Dokument geht weit über solche allgemeinen Empfehlungen hinaus. Es setzt klare Impulse, macht konkrete Vorschläge und stellt Forderungen an die verschiedenen Akteure. Zu jedem Aufgabenbereich werden Handlungsansätze („Action Points“) benannt. Da geht es von notwendigen deutlichen Schritten zur weltweiten Abrüstung und der Verwirklichung der Millenniumsziele über die Forderung nach gezielten Trainings für zivile Konfliktbearbeitung bis hin zur aktiven Teilhabe betroffener Bevölkerungsgruppen an Versuchen, die sie direkt betreffenden Konflikte friedlich zu lösen. Gendergerechtigkeit, Ursachenforschung, intensive Medienarbeit und Verbesserung der Kommunikations- und Kooperationsstrukturen werden angemahnt.

Uns Herausgeber hat besonders gefreut, dass unter diesen Forderungen und Empfehlungen zivile Friedensdienste fünf Mal in unterschiedlichen Zusammenhängen angeführt werden.

Für den Bund für Soziale Verteidigung und das *forum* Ziviler Friedensdienst stellt diese Aktionsagenda einen Rahmen dar, in den wir auch unsere Arbeit gestellt sehen möchten. Sie gibt unseren begrenzten Möglichkeiten auf nationaler Ebene die erweiterte Perspektive einer globalen Veränderung im Sinne der Kantschen Forderung:

„Der Frieden ist eine zu wichtige Aufgabe, als dass wir sie den Regierungen allein überlassen dürfen.“

Einführung



Die Global Action Agenda ist ein Ergebnis der Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC), eines weltweiten, von der Zivilgesellschaft gesteuerten Prozesses, um einen neuen internationalen Konsens über Peacebuilding und die Prävention von gewalttätigen Konflikten herzustellen. Wir beziehen unsere Autorität – und die Legitimität dieser Agenda – von Tausenden von Menschen in der ganzen Welt, die sich in den letzten drei Jahren versammelt haben, um zur Schaffung dieser Agenda beizutragen. Wir vertreten die lange und weiter wachsende ansehnliche Reihe von Organisationen der Zivilgesellschaft (Civil Society Organisations – CSOs), die auf viele verschiedene Weisen daran arbeiten, den Frieden zu fördern und Konflikten vorzubeugen.

Diese Global Action Agenda umreißt die Schlüsselprioritäten für den Wandel, der notwendig ist, um eine Hinwendung zur Prävention zu erreichen, die darauf basiert, menschliche Sicherheit zu fördern. Sie bringt einige der größten Herausforderungen zur Sprache, wie auf Konflikte, die gewalttätig zu werden drohen oder es schon geworden sind, zu reagieren ist, und sie behandelt ebenso Kriegsfolgen und den Aufbau von Kulturen des Friedens. Sie schlägt Maßnahmen vor, mit deren Hilfe einige der wichtigsten strukturellen Konfliktursachen angegangen werden können, indem menschliche Sicherheit im umfassenden Sinne gefördert wird. Sie schlägt Strategien vor, politische Richtlinien darauf auszurichten und Ressourcen so zu strukturieren, dass diese Ziele erreicht werden. Am Ende wirft sie Schlaglichter auf Schlüsselreformen und –aufgaben, die von CSOs, den VN, regionalen Organisationen und Regierungen durchgeführt werden können, um ihre institutionellen Kapazitäten, die in der Global Action Agenda genannten Themen anzugehen, zu stärken.

Wenn wir Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert fördern wollen, dann müssen wir grundlegend ändern, wie wir auf die Herausforderung, die gewalttätige Konflikte darstellen, reagieren. Unsere Priorität muss darauf liegen, sie zu verhindern, denn dadurch werden die enormen menschlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Kosten des Krieges vermieden. Das Schwergewicht sollte auf der Förderung menschlicher Sicherheit, Gerechtigkeit und einer Entwicklung liegen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Millionen Zivilisten bei gewalttätigen Konflikten sterben, obwohl die internationale Gemeinschaft über Kenntnisse und Ressourcen verfügt, mit denen dies verhindert werden kann. Wir dürfen nicht zulassen, dass so viele unserer Kinder und jungen Leute in einem Klima der Angst vor Gewalt und Unsicherheit aufwachsen. Aber bisher ist die Reaktion der Weltgemeinschaft oft unangemessen, kommt zu spät oder ist zu kostspielig.

Wir glauben, dass es bessere Möglichkeiten gibt. Wir verlangen einen grundlegenden Wandel im Umgang mit Konflikten: **den Wandel von der Reaktion zur Prävention**. Wir glauben, dass dieser Wandel nicht nur möglich ist, sondern dass es um ein Vielfaches günstiger ist, als wenn man erst dann auf Gewalt reagiert, wenn sie schon eskaliert ist.¹ Alles in allem werden durch Prävention mehr Menschenleben erhalten und sie ist effektiver und weniger kostspielig als das Reagieren auf Konflikte.

Das Ziel der Prävention ist es, eine Welt zu schaffen, in der Menschen und Regierungen gewaltfreie Mittel wählen, um mehr Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und menschliche Sicherheit zu erreichen. Wir versuchen nicht, alle Konflikte zu verhindern. Wir glauben daran, dass es wichtig ist, Konflikte in friedliche Pro-

¹ Gemäß einer unlängst erschienenen Studie kann die Ausgabe von \$1 für Prävention für die internationale Gemeinschaft zu einer Ersparnis von \$4.1 führen (bei einer Spannweite von 1.2 bis 7.1). Vgl. Malcolm Chalmers, 2004, *Spending to Save? An Analysis of the Cost Effectiveness of Conflict Prevention versus Intervention after the Onset of Violent Conflict*. Zu finden unter www.brad.ac.uk/acad/cics/publications/spendingToSave



zesse zu überführen, die konstruktiven Wandel hervorbringen können. Die gewaltfreie Austragung von Konflikten kann eine positive, diesen Wandel fördernde Kraft sein. Unser Anliegen ist es, gewaltsame Konflikte und ihre Folgen für Menschen, Wirtschaft und Umwelt auf ein Minimum zu reduzieren. Wir wollen Kriegshandlungen sowohl innerhalb von Staaten als auch zwischen Staaten, regionale Konflikte und organisierte Gewalt im globalen Maßstab verhindern. Wir wollen der Gewalt gegen Frauen vorbeugen, die zu Gewaltsituationen sowohl beiträgt als auch durch sie intensiviert wird. Wir widersetzen uns jeder organisierten Gewalt gegen zivile Nicht-Kombattanten.

Wir engagieren uns für die Förderung der Sicherheit der Menschen: ihre physische Sicherheit, ihr sozioökonomisches Wohlergehen, die Achtung ihrer Würde und politischen und kulturellen Identität als Einzelne und als Angehörige von Gemeinschaften, die Gleichstellung der Geschlechter und den Schutz und die Förderung aller Menschenrechte – inkl. der Rechte der Frauen – und grundlegende Freiheiten zu Hause, in der Gemeinde, im eigenen Land und in der ganzen Welt.

Wir glauben, dass sich dauerhafte Sicherheit von Staaten nur auf die Sicherheit der Menschen gründen kann. Diese Vision von **menschlicher Sicherheit (human security)** kann zum Paradigmenwechsel führen: Sicherheit, die sich auf das Gleichgewicht der Kräfte und militärische Bündnisse gründet, wandelt sich zu einer Sicherheit, die sich auf gegenseitige Abhängigkeit und Zusammenarbeit gründet. Wir stimmen folgender Beobachtung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu: „Die Welt muss gleichzeitig Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte vorantreiben, sonst kann nichts davon verwirklicht werden. Die Menschheit kann Sicherheit nicht ohne Entwicklung, Entwicklung nicht ohne Sicherheit und beides nicht ohne Achtung der Menschenrechte genießen.“²

Regierungen und Inter-Regierungs-Organisationen (Inter-Governmental Organization - IGOs) müssen Prävention und konstruktives Konflikt-Management als grundlegende Ziele ihrer Sicherheits-Institutionen und –Instrumente verankern. In der Vergangenheit wurde der Schwerpunkt auf den Aufbau von Militärkapazitäten gelegt. Jetzt muss der Schwerpunkt auf die Stärkung der politischen Rahmenbedingungen, die institutionellen Kapazitäten und Ressourcen für Prävention und nachhaltiges Peacebuilding gelegt werden. Das muss Bemühungen einschließen, die tief sitzenden Konfliktursachen und die Faktoren, die das Entstehen von Konflikten ermöglichen, anzugehen (strukturelle Prävention). Außerdem muss man schnell und effektiv reagieren, wenn Spannungen zu eskalieren beginnen, um dem Entstehen, der Ausbreitung oder dem erneuten Auftreten von gewalttätigen Konflikten vorzubeugen (operationale Prävention).

Der Schlüssel zur Förderung dauerhaften Friedens und dauerhafter Sicherheit auf lange Sicht ist die Schaffung einer „Kultur der Prävention“ und einer „Kultur des Friedens“, und zwar ebenso von unten nach oben wie von oben nach unten. Regierungen haben in erster Linie die Verpflichtung, ihre Bürger zu schützen und Gewalt zu verhindern. Aber die Erfahrung lehrt uns, dass die Komplexität, der Umfang und die Verschiedenheit von gewalttätigen Konflikten dazu führen, dass keine einzelne Institution, auch der Staat nicht, darauf hoffen kann, die Herausforderung, einen dauerhaften Frieden zu sichern, erfolgreich anzugehen. Wir glauben, dass **Prävention und Peacebuilding effektives Engagement und effektive Partnerschaften** der Organisationen der Zivilgesellschaft (CSOs), der Regierungen, der VN und regionaler Organisationen auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene bedürfen.

² In *Larger Freedom: Towards Development, Security and Human Rights for All*. Bericht des Generalsekretärs vom 21. März 2005. A/59/2005. Zu finden unter <http://www.un.org/largerfreedom/contents.htm>



1. Schlaglichter

Menschliche Sicherheit fördern und tief sitzende Konfliktursachen angehen

- Prävention und nachhaltiges Peacebuilding sind notwendig, um die **Jahrtausendziele (Millennium Development Goals)** zu erreichen. Mit der Erreichung dieser Ziele können umgekehrt tief sitzende Konfliktursachen angegangen und die menschliche Sicherheit gefördert werden.
- **Entmilitarisierungs-, Abrüstungs- und Rückbildungsprozesse** in Gang setzen, um die Spannungen und die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte zwischen den Staaten zu vermindern.
- Einen kohärenten und auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnittenen **Nachkriegs-Wiederaufbau** dauerhaft unterstützen.
- Durch fest im Bildungssystem verankerte Friedenserziehung, die Ausbildung von Konfliktlösungsfähigkeiten und das Fördern von Versöhnung Kulturen des **Friedens** schaffen, die an den Wurzeln ansetzen.

Prävention zum fundamentalen Ziel kollektiver Sicherheitsvereinbarungen machen

- Ein international akzeptiertes **Aktionsprogramm** für Prävention und Peacebuilding entwickeln und durchführen, beginnend mit Beratungen auf hoher Ebene mit regionalen Netzwerken der GPPAC, in denen Herausforderungen und Möglichkeiten, regionale Aktionsagenden zu implementieren, untersucht werden.
- **Frühwarnungs- und Frühreaktions-Systeme** integrieren und dabei lokales Wissen optimal nutzen, auf lokale Kapazitäten aufbauen und diese durch effektive Beteiligung nationaler, regionaler und internationaler Akteure ergänzen.
- Durch kohärente Rahmen-Strategien und –Modalitäten verlässliche Hilfslieferungen und Geldmittel für Initiativen zur flexiblen und schnellen Reaktion miteinander verbinden, **mehr und besser verwaltete Geldmittel** für Prävention und Peacebuilding bereitstellen.

Prävention und Peacebuilding erfordern einen einheitlichen Aufbau von wirksamen institutionellen Kapazitäten und Partnerschaften

- Die Kapazitäten für Prävention und Peacebuilding der CSOs durch **lokale, nationale, regionale und globale Netzwerke** stärken, die dann durch Kommunikation, Koordination und gegenseitige Unterstützung die Verantwortlichkeit und Effektivität erhöhen.
- Die Führungsrolle der VN bei Bemühungen zu Peacebuilding durch die Gründung **einer entsprechenden Kommission (peacebuilding commission) und eines Unterstützungs-Büros (peacebuilding support office)** verstärken. Diese Institutionen sollen sich effektiv für die Zivilgesellschaft einsetzen, Ressourcen mobilisieren und durch Informationsaustausch, Planen und Überwachen kohärentes und nachhaltiges Peacebuilding ermöglichen.
- Die Kapazitäten **regionaler Organisationen** erhöhen, damit diese in Zusammenarbeit mit den VN, den Regierungen und den CSOs Peacebuilding ins Werk setzen können.



2. Leitprinzipien und -werte

Die Unterzeichner-Organisationen dieses Dokuments glauben, dass die im Folgenden genannten Prinzipien und Werte für die Förderung nachhaltigen Friedens und dauerhafter Gerechtigkeit von zentraler Bedeutung sind. Sie bemühen sich darum, diese in der Praxis anzuwenden.

1 Gerechten Frieden mit friedlichen Mitteln erreichen. Wir setzen uns dafür ein, gewalttätigen Konflikten so weit wie irgendetmöglich mit friedlichen Mitteln vorzubeugen. Wir müssen unsere präventiven, gewaltfreien und kooperativen Methoden friedlichen Engagements als Reaktion auf entstehende Spannungen und Krisen weiter stärken. Präventions- und Peacebuilding-Initiativen sollten dazu beitragen, in vielfacher Hinsicht Gerechtigkeit herzustellen. Dazu gehören Wiederherstellungs-, Verteilungs-, Gender-, soziale und ökologische Gerechtigkeit. Diese Werte liegen unseren ethischen und politischen Handlungsstandards zugrunde. Wir sollten ständig kritisch prüfen, inwieweit unsere eigenen Grundsätze, Praktiken und Programme zur Verwirklichung der Menschenrechte und der Menschenwürde beitragen.

2 Vorrang lokaler Teilnahme und Teilhabe. Wenn von einem Konflikt betroffene Menschen wissen, dass der Friedensprozess ihnen selbst gehört und ihnen nicht von außen aufgedrängt wird, dann kann ein dauerhafter Frieden entstehen. Wir sind der Überzeugung, dass Strategien und Initiativen der Konfliktbearbeitung grundsätzlich lokal abgeleitet und dann international unterstützt werden sollten. Ausländische Regierungen, multilaterale Institutionen und internationale NGOs können helfen, indem sie Freiräume schaffen, Ressourcen zur Verfügung stellen und Prozesse der Inklusion unterstützen. Sie sollten auf vorhandenen Kapazitäten aufbauen und nicht etwa am Ort entwickelte Initiativen verdoppeln oder gar verdrängen. Um dieses Ziel vollständig zu erreichen, müssen wir Macht- und Ressourcen-Ungleichgewichte zur Sprache bringen, die unsere Beziehungen und die Peacebuilding-Arbeit beeinflussen.

3 Vielfalt, Inklusivität und Gleichheit. Wir erkennen den Wert der Vielfalt und dem Pluralismus innewohnenden Wert und glauben, dass Unterschiede eine Quelle der Kraft sein können. Wir erkennen, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern ein Grundpfeiler für dauerhaften Frieden und für dauerhafte Gerechtigkeit ist. Wir arbeiten an der Schaffung inklusiver, vielfältiger und lebendiger Zivilgesellschaften – wir betonen dabei die besonderen Bedürfnisse und Rechte gefährdeter Gruppen –, indem wir Respekt und Inklusivität fördern und etwas dafür tun, Chancengleichheit und gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen zu vergrößern. Wir wollen, dass alle diejenigen gestärkt werden, die politisch, wirtschaftlich und sozial an den Rand gedrängt wurden, indem wir die Entwicklung ihrer Fähigkeiten auf individueller und organisatorischer Ebene unterstützen, wozu auch gehört, dass lokale und regionale zivile Netzwerke geschaffen werden. Wir wollen durch den Aufbau von Kapazitäten („capacity building“) und durch Teilhabe gesellschaftliche Prozesse der Inklusion in Richtung Demokratisierung und Gleichstellung stärken.

4 Multilateralismus. Nur auf der Grundlage wahrhafter Kooperationsbemühungen kann eine umfassende Vision von menschlicher Sicherheit verwirklicht werden. Große globale Probleme kann man oft am besten mit Hilfe koordinierter Anstrengungen und Vorgehensweisen, die von multilateralen Institutionen gemeinsam entwickelt werden, in Angriff nehmen. In vielen Teilen der Welt bieten regionale Institutionen und Netzwerke vielfache Möglichkeiten zur Stärkung kooperativer Reaktionen auf gemeinsame Anliegen an. Wir glauben, dass CSOs in einem erweiterten Konzept von Multilateralismus eine wichtige Rolle spielen können bzw. müssen. Wir wollen deshalb die Rolle, die CSOs in globalen und regionalen Organisationen spielen, stärken.

5 Nachhaltigkeit. Wenn wir uns den Ursachen und Konsequenzen der Konflikte zuwenden, müssen wir dazu bereit sein, dauerhafte Anstrengungen auf uns zu



nehmen. Wir verschreiben uns dem langfristigen Ziel, die Bedingungen zu verändern, die zu Konflikten geführt haben, und die Beziehungen, die dadurch geschädigt bzw. zerstört wurden, wiederherzustellen. Unsere Aktionen sollten auf Strategien basieren, die an mittel- bis langfristigen Zielen orientiert sind. Wir wollen sicherstellen, dass der Zeitrahmen unserer Planung und unserer Aktionen dem entspricht. Unsere Strategien sollten einen sozialen Wandel fördern, der Strukturen und Beziehungen, die so, wie sie sind, Konflikte im System hervorrufen, verbessert. Sie sollten dazu beitragen, die Situation in Richtung einer wünschenswerten Zukunft zu verändern.

6 Dialog. Wir setzen uns für den Dialog als wichtigste Methode ein, auf Konflikte zu reagieren und Gewaltanwendung auf allen Ebenen der Gesellschaft vorzubeugen, besonders dann, wenn alle beteiligten Parteien in den Dialog einbezogen werden. Der Dialog fördert partizipatorische Prozesse für gemeinsames Lernen und den Aufbau der Fähigkeit, konstruktiv mit Konflikten umzugehen. Die Führung sollte nicht der übernehmen dürfen, der bereit ist, Gewalt anzuwenden, sondern sie sollte sich während des Dialogs ergeben und durch ihn wirksam werden.

7 Verantwortlichkeit. Mit Macht und Einfluss von CSOs wächst auch unsere Verpflichtung zur Verantwortlichkeit, besonders den Gesellschaften gegenüber, in denen wir arbeiten. Unsere Verantwortlichkeit zeigt sich in dem, was wir tun, wie und warum wir es tun sowie darin, wie wir mit den Ressourcen umgehen, die uns anvertraut wurden. Wir erkennen, dass es wichtig ist, auf allen Ebenen und in allen Institutionen Normen der Verantwortlichkeit zu entwickeln.

8 Transparenz. Wir sind dazu verpflichtet, transparent zu arbeiten, einschließlich unseres Umgangs mit Finanzen. Wenn es nicht ausdrücklich offen gelegt wird, handeln wir - im Interesse der Entwicklung von Frieden innerhalb und zwischen Gesellschaften - unabhängig von politischen Parteien, Spendern oder kommerziellen Unternehmen. Wenn wir besondere Interessen oder Verpflichtungen haben, wollen wir darauf hinweisen und wachsam beobachten, wie sie unsere Prioritäten und Arbeitsmethoden beeinflussen.

9 Aus der Praxis lernen. Wir wollen nachdenkliche Praktiker sein: Wir wollen uns unserer Rolle, unseres Auftrags und unseres Beitrags jederzeit bewusst sein. Wir müssen über das, was wir bei unserer Arbeit lernen, nachdenken und es überprüfen, außerdem müssen wir kritisch beurteilen, wie wir es lernen. Wir müssen eng mit unseren Partnern zusammenarbeiten, um gemeinsam mit ihnen partizipatorische, inklusive und gerechte Prozesse zur Planung, Entscheidungsfindung und Evaluation unserer Initiativen zu entwickeln. Evaluation und geeignete Lernstrategien sind wesentlich für die Entwicklung von Verantwortlichkeit. Wir tragen Verantwortung dafür, die Ergebnisse unserer Lernprozesse mit anderen zu teilen, denn sie könnten in Zukunft ähnlichen Aufgaben gegenüberstehen.



3. Die Rolle der Zivilgesellschaft bei Prävention und Peacebuilding

Das Wesen von gewalttätigen Konflikten verändert sich. Kriege, die innerhalb von Staaten stattfinden, fordern in noch nie da gewesenem Ausmaß Opfer unter der Zivilbevölkerung. Diese Konflikte haben CSOs vor die Aufgabe gestellt, bei der Prävention, Deeskalation, Konfliktlösung, Rehabilitation und Versöhnung verschiedene Rollen zu übernehmen. Männer und Frauen in der ganzen Welt reagieren mit Kreativität und Hingabe auf diese Herausforderung.

CSOs haben eine große Bandbreite an Aufgaben: von Hilfe und Entwicklung über die Lösung örtlicher Konflikte, über Fürsprache und Bürgerengagement bis hin zur gewaltfreien Begleitung von Gefährdeten. Ihre Stärke liegt darin, dass sie zur Erfüllung der Bedürfnisse von Konfliktüberlebenden nach Rehabilitation, Heilung und Versöhnung etwas beitragen können. Die LeserInnen finden Beispiele erfolgreicher Beteiligung der Zivilgesellschaft an Prävention und Peacebuilding in dem Buch *People Building Peace II: Successful Stories of Civil Society*, das im Rahmen des GPPAC-Prozesses herausgegeben wurde.

Im Allgemeinen gibt die Unabhängigkeit der CSOs ihnen die Freiheit, rasch und flexibel zu handeln, auch dann, wenn offiziellen Stellen die Hände gebunden sind. Bezeichnenderweise bauen CSOs auf ihren Fachkenntnissen, ihrer Integrität und/oder moralischen Autorität auf, wenn sie nicht auf Zwang basierende und kreative Strategien verfolgen, um Menschen davon zu überzeugen, dass sie sich bei friedlichen Prozessen engagieren sollten, die auf Dialog und Beratung beruhen. Sie können effektive Arbeit leisten, indem sie Freiräume schaffen, wo sich Menschen aller Bevölkerungsgruppen treffen und gemeinsam an Erfolg versprechenden Wegen in eine bessere Zukunft bauen können. CSOs können die Kommunikation und die Beziehungen zwischen Menschen, die durch einen Konflikt entzweit sind, dadurch verbessern, dass sie durch informellen Austausch, Dialog, gemeinsame Projekte und Bürgerdiplomatie Interaktionen zwischen ihnen fördern. CSOs richten Foren für dauerndes Engagement ein, auch durch nicht offizielle „Track II“-Dialoge, um mit Hilfe friedlicher Vorgehensweisen Streitfragen zu behandeln. Sie ermutigen und unterstützen Verhandlungen zwischen feindlichen Parteien, um zu verhindern, dass Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden, und sie stellen Verbindungen zwischen den Parteien her, damit diese in längerfristige Prozesse eintreten, in denen sie die zugrunde liegenden Konfliktursachen angehen. Indem die CSOs die „Macht der Menschen“ mobilisieren, können sie Druck auf die Entscheidungsträger ausüben, um auf friedliche Weise Vereinbarungen zu erreichen, in denen Bedürfnisse der Bürger berücksichtigt werden.

CSOs können sehr wirksam Verstöße gegen Gesetz und Recht bezeugen, womit sie die Autorität und Legitimität der Täter untergraben. Wenn zivile Friedensdienste solidarisch handeln, können sie „beschützende Anwesenheit“ und Begleitung für die am meisten durch Gewalt Gefährdeten anbieten und sie bei ihren Bemühungen um Peacebuilding unterstützen. Sie können aufgrund ihres genauen Verständnisses dessen, was an der Basis geschieht, die Konflikttreiber benennen und entsprechende Richtlinien und Aktionen empfehlen, damit konfliktträchtige Themen angegangen und Gewalt vermieden wird.

Viele Akteure von CSOs sind nah an den Konflikten, die sie angehen wollen. Diese Nähe ermöglicht Einsichten, die staatlichen Akteuren meist verschlossen sind. Manche bewaffneten und oppositionellen Gruppen akzeptieren eher Vertreter von CSOs als Vertreter von Regierungen und IGOs, was den Ersteren eine eigene Rolle zu spielen erlaubt. Aktivitäten von Vertretern der Zivilgesellschaft können Vertrauen aufbauen und soziale Netzwerke verstärken. Damit schaffen sie „soziales Kapital“, das Frieden und Entwicklung fördert.

Frauen spielen bei Prävention und Peacebuilding eine wesentliche Rolle: Sie gehen die zugrunde liegenden Ursachen an und kämpfen gegen Ungerechtigkeit; ihr Han-

deln zielt auf Gewaltprävention und Milderung der Kriegsfolgen durch Hilfe, Rehabilitation und Versöhnung; sie engagieren sich bei politischen Prozessen, in denen Konfliktlösungen entwickelt werden; sie transformieren das weiter gefasste Beziehungssystem, das Konflikte, Exklusion und Ungleichheit bewirkt; sie stellen die Faktoren im System in Frage, die ein Kontinuum von Gewalt schaffen, das vom häuslichen Herd bis zum Schlachtfeld reicht.



Wir erkennen, dass es sehr wichtig ist, Verantwortlichkeit und Effektivität der CSOs sicherzustellen, und wir wollen uns darum bemühen, diese in allen Gruppen, die an Prävention und Peacebuilding arbeiten, zu stärken. CSOs, Interessenvertreter und Geber müssen gemeinsam bei internationalen Foren und auf regionaler und nationaler Ebene in entsprechenden Netzwerken kohärente Standards und Regeln für CSOs entwickeln.

Wir schlagen Zusammenarbeit mit Regierungen, den VN und regionalen Organisationen bei dem Vorhaben vor, die Beteiligung von CSOs an sämtlichen Institutionen, die Sicherheit fördern und auf Konflikte reagieren, zu einer Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Dazu gehören auch formale Mechanismen zur Einbeziehung von CSOs – besonders denen aus dem Süden der Erde – in Prozesse des Abwägens und Beratens und bei der Umsetzung von Strategien zur Förderung von Frieden und Sicherheit. Wir wollen, dass Regierungen die Unabhängigkeit von CSOs anerkennen anstatt zu versuchen, die CSOs zu benutzen, um die Pläne der Regierungen auszuführen.



4. Den Wandel zur Prävention vollziehen: Prioritäten der Veränderung

4.1. Systeme, Strategien & Partnerschaften für den effektiven Umgang mit Konflikten

Internationale Interventionen sollten so angelegt sein, dass sie die Fähigkeiten zum Umgang mit Konflikten innerhalb der Gesellschaft stärken oder vervollkommen. Das internationale System, das auf Staaten aufbaut, ist meist nur unzulänglich darauf eingerichtet, sich wirksam mit den Problemen derjenigen Menschen auseinander zu setzen, die in lokale bewaffnete Auseinandersetzungen und sich selbst erhaltende Konfliktdynamiken auf Gemeindeebene verstrickt sind. Wir erkennen die Bedeutung von Friedensinitiativen auf lokaler Ebene für einen „pragmatischen Frieden“, die friedliche Koexistenz ermöglichen. Hilfe von außen kann die Hilfe am Ort unterstützen und die notwendigen Ressourcen anbieten, aber sie muss sorgfältig darauf achten, dass sie die ortsansässigen Initiativen weder überrennt noch verdrängt.

Interregierungs- und andere internationale Akteure können konstruktive Dialoge erleichtern bzw. Raum dafür und eine produktive Beteiligung von Regierungen und Vertretern der Zivilgesellschaft schaffen. In ihren Mandaten und in ihrer Praxis sollten sie der Ermöglichung dieser Dialoge Vorrang einräumen und konsequenterweise sollten Missionen die für deren effektive Durchführung notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln. Regierungen und IGOs können innerhalb einer auf Recht basierenden Struktur daran mitwirken, die Fähigkeiten der Zivilgesellschaft zu stärken, indem sie die CSOs sowohl praktisch unterstützen als auch ihre Legitimität anerkennen. In nationalen, regionalen und internationalen Foren müssen die CSOs systematisch in alle Präventivmaßnahmen integriert werden. Ihre Teilnahme muss auf genau definierten Konzepten und Regeln für die Partnerschaft gegründet sein. Besondere Anstrengungen müssen unternommen werden, um Frauen-, Minderheiten- und Jugend-CSOs einzubeziehen.

4.1.1. Die Verantwortung zu schützen

Regierungen sollten die im Entstehen begriffene Norm einer „Verantwortung zu schützen“ („responsability to protect“) übernehmen und in diese Pflicht die Pflichten zur Prävention, zur Reaktion und zum Wiederaufbau integrieren, unter denen die Pflicht zur Prävention die erste und wichtigste ist. Schutz sollte in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht und auf eine der Situation angemessene Weise geleistet werden, so wie es in der International Commission on Intervention in State Sovereignty formuliert wurde, und er sollte den Kriterien entsprechen, die im Bericht „In Larger Freedom“ des Generalsekretärs der Vereinten Nationen befürwortet werden.

4.1.2. Frühe Reaktionen in Gang setzen

Besser integrierte Frühwarn- und Frühreaktionssysteme sind notwendig, um sicherzustellen, dass wirksame und rechtzeitige Reaktionen auf Konflikte erfolgen. Diese Systeme sollten sich auf regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den VN (mitsamt ihren Institutionen für Menschenrechte und Entwicklung), regionalen Organisationen und CSOs in den jeweiligen Zentralen und vor Ort gründen. Sie können Informationen austauschen und gemeinsam Analysen über Möglichkeiten und Gelegenheiten erstellen, CSOs in Überwachungssysteme integrieren und für die Mittel sorgen, die für die Umsetzung von Strategien notwendig sind. Integration der Mechanismen ist besonders in hochgradig gefährdeten Regionen notwendig. Umfassende lokale Systeme, deren Mitglieder über die einzigartigen Kenntnisse und Fähigkeiten lokaler Gruppen verfügen, können durch regionale und internationale Akteure ergänzt werden.



Handlungsansätze:

- a) Ein integriertes globales CSO-Netzwerk weiterentwickeln, das dazu dienen kann, Frühwarnzeichen zu analysieren, angemessene Reaktionen zu formulieren und zusammenzuarbeiten, um den für rechtzeitige und wirksame Aktionen notwendigen politischen Willen zu mobilisieren.
- b) Die Kapazitäten lokaler, nationaler und regionaler CSOs und ebenso die der wichtigen Medienagenturen stärken, damit sie durch Training und fortlaufende Unterstützung die Gründe und Dynamiken entstehender Konflikte bemerken und analysieren. Dies sollte auch die Kenntnis genderbezogener Indikatoren und genderbezogener Reaktionsstrategien einschließen.
- c) In von Konflikten betroffenen Gebieten öffentliche Diskussionen über die Konfliktpunkte und -dynamik ermöglichen, damit Ideen entstehen, wie man die Situation angehen kann, und um damit kreative und konstruktive Reaktionen in Gang zu setzen.
- d) Die VN sollten regelmäßige und transparente Schnittstellen („Kontaktpunkte“) zwischen den bei den VN beheimateten Koordinatoren bzw. speziellen Vertretern des Generalsekretärs und wichtigen lokalen, regionalen und internationalen Akteuren einrichten, die dort Informationen austauschen und einander ergänzende Strategien entwickeln. Dazu gehören auch regelmäßige Beratungsforen mit CSOs und gegebenenfalls formelle Vereinbarungen für Datensammlung, Analyse und Strategieentwicklung zwischen vielen Akteuren.

Die sub-regionale Organisation ECOWAS, das VN-Büro für die Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten und das auf der Zivilgesellschaft gründende West Africa Network for Peacebuilding (WANEP) haben sich in einem Verständigungsmemorandum dahin gehend geeinigt, dass sie bei der Analyse von Frühwarnungen zusammenarbeiten wollen. Hierdurch wollen sie effektiver auf die vielen komplexen Konfliktdynamiken in Westafrika reagieren können.

4.1.3. Vorbeugende Diplomatie

Nicht militärischen, nicht auf Zwang basierenden und kooperativen Formen von präventiven Aktionen in einem frühen Stadium muss mehr Priorität eingeräumt werden als bisher. Das schließt Dialogprozesse und Vereinbarungen zur Bearbeitung von Konfliktursachen ein. Vorbeugende Diplomatie zielt darauf ab, Spannungen zu entschärfen, ehe sie zu Krisen eskalieren, und rasch zu handeln, um Krisen in Grenzen zu halten und zugrunde liegende Ursachen zu beseitigen. Vorbeugende Diplomatie kann von den Vereinten Nationen, regionalen oder sub-regionalen Organisationen und ebenso von Regierungen und CSOs betrieben werden. Jede dieser Instanzen hat ihre speziellen Fähigkeiten, die ihr im Vergleich zu den anderen besondere Vorteile und Möglichkeiten verleihen, so dass sie von den Konfliktparteien in ihrer Vermittlerrolle angenommen wird.

Handlungsansätze:

- a) Mechanismen entwickeln – ggf. von den VN unterstützt –, um vieldimensionale vorbeugende Diplomatie in einem frühen Stadium in Gang zu setzen, indem man die einzigartigen Stärken und Legitimation von möglichen offiziellen oder Nicht-Regierungs-Mediatoren nutzt, die die Konfliktparteien als dritte Partei akzeptieren können. In mehrgleisigen Ansätzen soll durch formellen und informellen Informationsaustausch und Strategieentwicklung die Kohärenz gefördert werden, wobei besondere Aufmerksamkeit auf die Harmonisierung der bilateralen Strategien von Regierungen zu richten ist.
- b) Sicherstellen, dass Bemühungen um vorbeugende Diplomatie auf verschiedenen Konfliktebenen stattfinden. Dazu gehört die eher lokale Ebene ebenso wie die nationale und die regionale. Die Fähigkeiten der CSOs erkennen und voll ausschöpfen - auch der Frauenorganisationen -, besonders gut an Konflikten vor Ort zu arbeiten, und sicherstellen, dass diese mit den Gesamtreaktionen verbunden werden.
- c) In speziellen Datenbanken Experten erfassen, die dafür eingesetzt werden können, die Parteien über Methoden zum Angehen von wesentlichen Streitpunkten



in Konfliktsituationen zu beraten.

- d) Sicherstellen, dass es ausreichende Finanzmittel gibt, die schnell genutzt werden können, um Vertrauen bildende Maßnahmen und andere Initiativen umzusetzen, die für eine effektive vorbeugende Diplomatie notwendig sind.

Die Stiftung für Internationale Toleranz, eine kirgisische NGO, arbeitet an der Verringerung von Spannungen und der Förderung der Zusammenarbeit von Regierungsbehörden, oppositionellen Gruppierungen und der Zivilgesellschaft. Als das staatliche Verwaltungsgebäude in Jalalabad im März 2005 von Oppositionskräften besetzt wurde, gelang es der Stiftung, Verhandlungen zwischen beiden Seiten zu bewerkstelligen. Damit trug sie dazu bei, eine Eskalation der Gewalt zu verhindern.

In Ostafrika hat die Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) in enger Zusammenarbeit mit CSOs durch die Schaffung von CEWARN regionale Frühwarnungssysteme vorgebracht. Diese Organisation spielte bei der Mediation von Konflikten im Sudan und in Somalia eine Schlüsselrolle. Eine erweiterte, mit mehr Mitteln ausgestattete IGAD könnte eine auf die Afrikanische Union spezialisierte Agentur für Frühwarnung, vorbeugende Diplomatie und Friedenstiften werden.

4.1.4. Grenzüberschreitende und regionale Konflikte

In der sich schnell globalisierenden Welt wird bewaffnete Gewalt nicht mehr durch Staatsgrenzen eingeschränkt. Darum müssen die Instrumente, die dafür bestimmt sind, auf entstehende Konflikte innerhalb von Staaten zu reagieren, durch globale Richtlinien und Praktiken der strukturellen Prävention ergänzt werden. Darüber hinaus sind stärkere Mechanismen notwendig, um grenzüberschreitende und regionale Dimensionen von Konfliktursachen anzugehen. Hierzu gehören die Absichten ethnischer Gruppen, die durch Staatsgrenzen getrennt sind, und die Herausforderungen durch Massenmigration und Flüchtlingsströme. Ebenso gehören die Faktoren dazu, die Konflikte zu tödlichen machen, z. B. das Verschieben von Waffen, Menschen und Waren ebenso wie Truppenbewegungen über Staatsgrenzen.

Handlungsansätze:

- a) Integrierte Strategien entwickeln, um die Faktoren systematisch anzugehen, die grenzüberschreitende und regionale Konflikte schaffen.
- b) Abhängig vom Vorhandensein multilateraler Einrichtungen können Strategien unter der Schirmherrschaft dieser regionalen Organe, der VN oder als gemeinsames Instrument entwickelt werden. Wo es solche Organisationen nicht gibt, können die VN entsprechende Akteure berufen. Dem Subsidiaritäts-Prinzip entsprechend, sollen die VN nur eventuell bestehende Lücken auffüllen. Gemeinsame Anstrengungen mit nationalen und regionalen CSOs sollten auf den folgenden Gebieten unternommen werden: Informationsaustausch, gemeinsame Analyse und Strategieentwicklung. Wo regionale Organisationen in sich geschlossen sind, können die VN Raum für die Einbeziehung von CSOs schaffen.
- c) VN Länder-Teams in einander benachbarten Ländern dazu anregen, untereinander und mit regionalen Organisationen und regionalen CSO-Netzwerken auf der Aktionsebene zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Initiativen zu entwickeln, mit deren Hilfe die lokalen Dimensionen der konflikt-schaffenden Angelegenheiten in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Grenzgebiet angegangen werden können.
- d) Vorhandene Lücken bei der Finanzierung und den Mangel an Verwaltungseinrichtungen angehen. Die wenigsten Geber stellen Budgets für grenzüberschreitende Initiativen zur Verfügung und nur wenige Agenturen verfügen über die institutionellen Mechanismen zu ihrer Umsetzung.

Die Wiederaufnahme des Busverkehrs über die Kontrolllinie, die Jammu und Kaschmir trennt, im April 2005 vereinte geteilte Familien, rief allgemein Begeisterung hervor, stellte Glauben und Vertrauen zwischen Pakistan und Indien her und eröffnete die Möglichkeit, die Grenze zu entmilitarisieren. Die ein Jahrzehnt dauernde Arbeit des Pakistan-India People's Forum for Peace and Democracy, einer Vereinigung von zivilgesellschaftlichen Gruppen, bereitete diesem Durchbruch den Boden.



4.1.5. Multifunktionale Friedensoperationen

Um effektiv auf Krisensituationen reagieren zu können, sollten VN, regionale Organisationen, Mitgliedstaaten und lokale und internationale CSOs zusammenarbeiten: bei der Analyse von Bedürfnissen, beim Formulieren von Zielen und Ausarbeiten von Strategien, diese zu erreichen, und beim Entwickeln passender Handlungsstrukturen für effektive Zusammenarbeit.

Handlungsansätze:

- a) Eindeutige, kohärente und integrierte Mandate und Leitung aller Peacebuilding-, Friedenskonsolidierungs- und humanitären Bemühungen innerhalb eines Landes, sowohl der von den VN als auch der von regionalen Organisationen geführten. Eindeutige Kommunikationskanäle, Zusammenarbeit von nationalen, regionalen und internationalen Organisationen, die für den Frieden arbeiten, möglicherweise durch die Entwicklung regelmäßig durchgeführter mehrgleisiger Foren, etablieren.
- b) Vorbereitungsmissionen für eventuelle Einsätze sollten sich systematisch mit einer Reihe lokaler Akteure – auch mit denen, die den möglicherweise oder tatsächlich bewaffneten Parteien nahe stehen –, mit dem VN-Länder-Team und mit spezialisierten CSOs beraten, um sicherzustellen, dass die Mandate und Handlungskonzepte dazu geeignet sind, die Bedürfnisse anzugehen, und dass die Gesamtstrategie auf lokalen Ressourcen und Initiativen aufbaut.
- c) Mandate sollten den Schutz der Zivilbevölkerung und besonders gefährdeter Gruppen, einschließlich Friedensarbeiter, an die erste Stelle rücken. Ein umfassendes System kann den strategischen Einsatz bewaffneter Friedenstruppen, internationale zivile Friedensdienste, Missionen, die die Einhaltung der Menschenrechte (bzw. deren Verletzung) beobachten, integrierte Rechtsstaatlichkeits-Teams und Unterstützung von Friedensbeobachtern lokaler Gemeinden einschließen.
- d) In alle Friedensverhandlungen sind die Gleichstellung der Geschlechter und Sensibilität für das Geschlecht der Beteiligten einzubeziehen. Gender-Spezialistinnen und -Spezialisten sind zu den Missionen hinzuzuziehen und Strategien und Programmen den Vorrang einzuräumen, die auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen eingehen. Die VN, regionale Organisationen und NGOs sollten dafür sorgen, dass auf allen Entscheidungsebenen etwa gleich viele Frauen wie Männer mitwirken.
- e) Das Potenzial von zivilen Peacebuilding-Missionen voll ausschöpfen und ebenso das Potenzial von Friedensbeobachtern und Mediatoren auf Gemeindeebene. Vor Ort spezielle Verbindungspersonen zu Peacebuilding-Programmen in der Gemeinde und lokalen und internationalen zivilen Friedensaktivisten ernennen, die mit ihnen zusammenarbeiten und sie gegebenenfalls mit anderem Missionspersonal in Verbindung bringen.
- f) Ineinander greifende Systeme von Peacebuilding-Kapazitäten bilden, damit die VN zum Partner von zuständigen regionalen Organisationen und zivilen Friedensdiensten werden kann, um die Reaktionsgeschwindigkeit zu erhöhen und die schützende Begleitung für gefährdete Gruppen zu vergrößern. Die VN sollten mit vorhandenen zivilen Friedensdiensten zusammenarbeiten, um gemeinsame Einsatzpläne für Spezialisten zu entwickeln. Dabei sollten sie die Bedeutung kultureller Vielfalt und der Vertretung beider Geschlechter als Schlüsselressourcen solcher Teams in Betracht ziehen. Regierungen sollten diejenigen CSOs politisch und finanziell unterstützen, die multinationale, ausgebildete, unbewaffnete und zivile Friedenssicherungskräfte einsetzen.
- g) Das internationale Gesamtsystem für die Entwicklung effektiver multifunktionaler Friedensoperationen durch andauerndes gemeinsames Training, Planen von



Szenarien und gemeinsame Evaluation vergrößern.

Ein Team der Nonviolent Peaceforce (NP) begleitete eine Gruppe von Müttern und einen lokalen Menschenrechts-Aktivisten auf ihrer Suche nach angeblich entführten Kindern, die zu Kindersoldaten gemacht worden waren. Die NP-Team-Mitglieder boten während der Verhandlungen zwischen den Müttern und der Führung der Aufständischen internationale Anwesenheit zur Unterstützung. Am 2. Tag wurden bei Nachteinbruch 26 Kinder mit Geld in der Hand für die Busfahrt nach Hause freigelassen.

4.1.6. Beteiligung der Öffentlichkeit am Friedensprozess

In Gemeinden, die von Konflikten betroffen sind, sind die einfachen Bürger die wichtigsten Anteilseigner („stakeholder“) des Friedens. Sie sollten bei Friedensverhandlungen hinzugezogen werden, damit umfassende Vereinbarungen darüber getroffen werden können, wie mit konflikterzeugenden Fragen umgegangen werden soll. Friedensvereinbarungen sollten die menschliche Sicherheit fördern, indem sie das Thema **„gute Regierungspraxis“** („good governance“) und faire Entwicklung innerhalb einer **„Mitbestimmungsstruktur“** angehen.

Handlungsansätze:

- a) Internationale Akteure können ihren Einfluss dazu nutzen, Prozesse anzuregen oder zu finanzieren, die auf soziale und politische Inklusion gerichtet sind und die die Transparenz und die Verantwortlichkeit der verhandelnden Parteien vergrößern. Sie sollten außerdem bei der Beobachtung der Umsetzung formeller und informeller Vereinbarungen behilflich sein und entsprechende Umsetzungsmechanismen unterstützen.
- b) Prozesse und Foren moderieren, die verschiedene Elemente der Gesellschaft einbeziehen, damit sie Schlüsselthemen erkennen und diskutieren, die in den Friedensvereinbarungen und bei den Umsetzungsmaßnahmen angegangen werden sollten. Internationale Mediatoren und Sonderbotschafter sollten an entsprechenden Initiativen teilnehmen und an den wesentlichen Ideen teilhaben oder wenigstens darüber informiert werden.
- c) Die Fähigkeiten der Vertreter der lokalen CSOs, sich wirksam an Friedensgesprächen zu beteiligen und aus anderswo stattfindenden Friedensprozessen zu lernen, stärken. Dazu gehört die Fähigkeit, Verhandlungen zu führen und Prinzipien zu formulieren, ebenso wie Kenntnisse über die wesentlichen Themen der Gespräche.
- d) Sicherstellen, dass Frauen sowohl bei formellen Verhandlungen als auch bei informellen Friedensinitiativen gleichwertig vertreten sind.

Der Mindanao Peoples Caucus – eine Basisgruppe indigener Völker, Muslime und Christen – nimmt an den Gesprächen zwischen der philippinischen Regierung und der Moro Islamischen Befreiungsfront teil. Sie setzt sich dafür ein, dass die indigenen Völker in der technischen Arbeitsgruppe für Gebiete der Vorfahren vertreten sind. Das ist einer der am heftigsten umstrittenen Punkte auf dem Verhandlungsplan. Die MPC moderiert Beratungen über Basis-Konzepte und -Definitionen des Begriffs „Gebiete der Vorfahren“, um sicherzustellen, dass die Vereinbarungen die Bedürfnisse der Bewohner berücksichtigen.

4.1.7. Nachkriegswiederaufbau und Peacebuilding

Die Hälfte aller Länder, die einen Gewaltkonflikt überstanden haben, erleidet innerhalb von 5 Jahren einen Rückfall. Deshalb bedeutet es eine Investition in Langzeit-Prävention, wenn man diese Länder dauerhaft unterstützt. Gelder sind für Langzeit-Initiativen nötig, um Peacebuilding, wirtschaftliche Erholung, Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu unterstützen.

Handlungsansätze:

- a) Zivilgesellschaft, Regierungen und IGOs sollten mit lokalen Gemeinden auf umfassende Abrüstung, Demobilisierung, Reintegration und Rehabilitation



- (disarmament, demobilization, reintegration and rehabilitation - DDRR) hinarbeiten. Diese Programme sollten auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen spezifischer Gemeinschaften und sozialer Gruppen zugeschnitten sein. Die Programme müssen gut geplant, angemessen finanziert und ausreichend in den weiteren Wiederaufbau- und Rehabilitationsprozess integriert werden.
- b) Integrierte Strategien zur Erfüllung humanitärer Bedürfnisse aller Vertriebenen – sowohl von Flüchtlingen aus anderen Ländern wie von innerhalb eines Landes Vertriebenen (internally displaced people - IDPs) – und ihrer Gastgemeinden fördern. Prozesse zur konstruktiven Konfliktbearbeitung anregen und unterstützen und Flüchtlinge und innerhalb eines Landes Vertriebene darauf vorbereiten, dass sie sich bei ihrer Rückkehr auf andere Gemeinschaften werden einlassen müssen. Denjenigen schützende Begleitung anbieten, die in ihre Heimat in umstrittenen Gebieten zurückkehren. Dafür sind zivile Friedensdienste ein geeignetes Mittel.
 - c) Jugendliche sollten in der Nachkriegszeit die Möglichkeit bekommen, ihr während des Krieges vernachlässigtes Recht auf Bildung zurückzuerhalten. Besonders in von Konflikten betroffenen Gemeinden die Schaffung von Projekten und Arbeitsstellen unterstützen, wo Menschen Geld verdienen können.
 - d) Integrierte Politikansätze und Strategien entwickeln, um Investitionen in von Konflikten betroffenen Ländern anzuregen – sowohl von privaten Investoren des Heimatlandes als auch von internationalen Firmen. Konsequente Befolgung der Richtlinien für ‚best practice‘ und internationaler Normen muss sichergestellt werden.
 - e) Eine auf den Standards der VN basierende rechtsstaatliche Koordinierungskapazität für Bemessen, Planen und Einsatz internationaler Polizei, Richter, Experten für Menschenrechte und Rechtsexperten während der Übergangszeit unterstützen, um der Zivilbevölkerung Basis-Schutz zu gewährleisten. Die Experten können bei der Ausbildung und der Reform von rechtsstaatlichen Institutionen helfen. Dazu gehören auch langfristige Mentoren-Aufgaben. Den Menschenrechtsexperten zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie beratend bei Wiederaufbau und Rehabilitations-Programmen tätig werden können, und sicherstellen, dass die höchsten Standards internationaler Normen erfüllt werden.

Das Sekretariat der New Partnership for Africa's Development (NEPAD) hielt im Jahr 2004 partnerschaftlich mit ACCORD und anderen afrikanischen CSOs, VN-Agenturen und anderen Akteuren Beratungen ab, um sein Post-Conflict Reconstruction Framework for Africa zu formulieren. Die Koordinierung der Bemühungen um Wiederaufbau, Rehabilitation und Entwicklung auf dem gesamten Kontinent sind von zentraler Bedeutung für die Strategie, Afrikas eigene Fähigkeiten zur Bewältigung aller Aspekte von Konflikten aufzubauen.

4.1.8. Übergangs-Gerichtsbarkeit und Versöhnung

Gerechtigkeit und soziale Versöhnung sind für Prävention und Peacebuilding von großer Bedeutung. Beim Umgang mit dem Vermächtnis einer schmerzlichen Vergangenheit gibt es viele Dilemmata. Die Wünsche der Menschen, besonders der direkt betroffenen, müssen bei der Wahl der Modalitäten im Mittelpunkt stehen. Wir erkennen das Recht jedes Menschen an, selbst zu entscheiden, ob und wenn ja, wann er sich versöhnen will.

Handlungsansätze:

- a) Öffentliche Dialoge und Diskussionen fördern, in denen angemessene Reaktionen entwickelt werden. Verbessern der Kommunikationskanäle zwischen den beteiligten Akteuren, damit gemeinsame Prinzipien und Strategien entwickelt werden, um sicherzustellen, dass die Anforderungen von Gerechtigkeit auf der einen und Frieden auf der anderen Seite nicht miteinander in Widerspruch geraten.
- b) Die Zuständigkeit nationaler Rechtssysteme für Kriegsverbrecherprozesse stärken und gut mit dem internationalen Rechtssystem zusammenarbeiten. Gege-



- benenfalls andere Modalitäten entwickeln, z. B. nationale und regionale Versöhnungskommissionen, die sich mit der Vergangenheit befassen.
- c) Geld für Wiedergutmachung und für Programme zu Heilung und psychosozialer Rehabilitation bereitstellen.
 - d) Forschungs- und Dokumentationsprojekte unternehmen, um unabhängige Berichte über das, was geschah, zu verfassen. Das können auch Wahrheitskommissionen oder andere Mechanismen leisten. Freien Zugang zu Dokumentationen über die Vergangenheit sicherstellen und Initiativen für das Aufspüren Vermisster und von Massengräbern unternehmen.
 - e) Auf die Geschichte bezogene Versöhnung durch Initiativen fördern, die auf die Schaffung eines ausgewogenen und einsichtsvollen Verständnisses der Vergangenheit abzielen. Gemeinsame Historiker-Kommissionen können zusammen auf Fakten beruhende Darstellungen von umstrittenen historischen Ereignissen und strittigen Fragen entwickeln, die dann als Informationen und Analysen für Unterrichtsmaterialien und für öffentliche Diskussionen benutzt werden können. Curricula und Schulbücher entwickeln, die einfühlsam auf die historischen Ereignisse eingehen. Gegebenfalls sollten Lehrer und Historiker an der Entwicklung gemeinsamer regionaler Schulbücher und –Materialien arbeiten.

4.1.9. Kulturen des Friedens und der Gewaltfreiheit

Bemühungen um die Schaffung einer nachhaltigen Kultur des Friedens müssen tief in der Bevölkerung verwurzelt sein. Friedenserziehung kann dazu beitragen, dass Menschen ihre Denkweise und ihr Verhalten ändern und grundlegende Fähigkeiten zur Lösung von Alltagskonflikten erwerben. Friedenserziehung ist für die Infragestellung und für die Schwächung der Quellen der Gewaltkultur wesentlich. Durch das Verstehen der Konfliktursachen kann sie Vertrauen und Versöhnung fördern, Achtung vor kultureller Vielfalt vergrößern und demokratische Kulturen und Prozesse unterstützen. Journalismus, der sensibel auf Konflikte reagiert, und Friedensmedien beeinflussen auf bedeutsame Weise das Verständnis von Konflikten und die Reaktionen auf diese.

Handlungsansätze:

- a) Die Resolution GA/RES/53/243 der VN-Generalversammlung und das Aktionsprogramm für eine Kultur des Friedens (Programme of Action on a Culture of Peace) durch angemessene Taktiken, Finanzierung und Zusammenarbeit umsetzen.
- b) Kapazitäten, Werkzeuge und Curricula der CSOs benutzen und finanzieren, um Friedenserziehung innerhalb vieler verschiedener institutioneller und gesellschaftlicher Strukturen, darunter Schulen, Universitäten, Familien, Gemeinden, Medien, CSOs, öffentliche Körperschaften und religiöse Gemeinschaften, fest zu etablieren.
- c) Die für das öffentliche Erziehungssystem notwendigen Reformen durchführen – davon sind auch Curricula, Schulbücher und Lehrerbildung betroffen –, wobei man sich auf die Erfahrungen der CSOs und die technische Unterstützung und Ressourcen der internationalen Gemeinschaft stützt.
- d) Die Bemühungen der CSOs, Prävention und Peacebuilding zu fördern, schließen auch die Entwicklung von Medienstrategien ein. Journalisten mit Geschichten über Peacebuilding sowie mit SprecherInnen mit ganz verschiedenem Hintergrund in Kontakt bringen, die auf einprägsame Weise Perspektiven und innovative Bemühungen vermitteln. Die Medien im Hinblick auf ihre Sensibilität für Konflikte beobachten und mit Medienorganisationen an Projekten und an Initiativen zum Capacity-Building arbeiten. CSOs können Medienakteure auch direkt in Prävention und Peacebuilding-Aktivitäten einbeziehen.

4.1.10. Nationale Fähigkeiten für friedliche Konfliktbearbeitung

Nachhaltige Prävention verlangt effektive Systeme, Prozesse und Institutionen zur Streitbearbeitung, in denen Beschwerden zur Sprache kommen und mit denen man auf Konflikte reagiert. Demokratische Kontrolle und partizipatorische Entscheidungsprozesse stärken die Grundlagen dieser Fähigkeiten.



Handlungsansätze:

- a) In allen staatlichen Einrichtungen Fähigkeiten zur Streitbewältigung, die auf demokratischen Werten beruhen, entwickeln. Diese können durch Vorgehensweisen ergänzt werden, in denen besondere Fälle und Beschwerden dadurch angegangen werden, dass der Zugang zu Gerichten und zu kultur-sensiblen alternativen Streitschlichtungsstellen – einschließlich Schiedsgericht, Mediationsdienste und Ombudspersonen und Ältestenrat – erleichtert wird.
- b) Instrumente wie Untersuchungskommissionen, nationale Versöhnungs-Kommissionen und nationale Dialogforen benutzen, um Empfehlungen auszuarbeiten, wie auf schwere Konflikte und andere ernste Zwischenfälle zu reagieren ist.
- c) Technische Hilfe und Geld für diese Systeme zur Verfügung stellen und auf Kenntnisse, Fähigkeiten und vielfache Erfahrungen von CSOs zurückgreifen, um diese Systeme so effektiv wie möglich zu machen.
- d) Aus indigenen Wissenssystemen lernen, wie Gemeinschaftsorganisationen und Peacebuilding gestärkt werden können. Lokale und nationale Systeme für Konfliktbearbeitung entwickeln, die auf diese Systeme zurückgreifen und sie gegebenenfalls ergänzen, und zwar so, dass sie den höchsten Standards der Menschenrechte und der Menschenwürde entsprechen.

Das beduinische Versöhnungs- und Allianzen-System in Jordanien dient, dem traditionellen Recht gemäß, dem Machtausgleich und dem Angehen von Konflikten auf friedliche Weise. Moderne Rechtsbehörden in Jordanien halten die Stammes-Vereinbarungen für effizienter bei der Reaktion auf Konflikte, als es lange Gerichtsverhandlungen sind.

4.2. Menschliche Sicherheit: Die tiefer liegenden Konfliktursachen angehen

4.2.1. Faire und nachhaltige Entwicklung

Die Beseitigung der Armut ist wesentlich für die Verwirklichung menschlicher Sicherheit und Würde. Viele Konflikte wurzeln tief in sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ungleichheiten, besonders wenn die Betroffenen ungleichen Zugang zu wirtschaftlicher und sozialer Macht und den entsprechenden Ressourcen haben. Gewaltkonflikte vermindern die Aussicht auf Entwicklung. Nach dem Jahrtausend-Projekt-Bericht haben 22 der 34 Länder, die am weitesten davon entfernt sind, die Jahrtausendziele (Millennium Development Goals – MDGs) zu erfüllen, gerade einen bewaffneten Konflikt hinter sich. Prävention und dauerhaftes Peacebuilding sind demnach unverzichtbare Voraussetzung für die Erfüllung der MDGs. Ihre Erfüllung kann umgekehrt einige der tief sitzenden Konfliktursachen beseitigen und die menschliche Sicherheit fördern. Um das zu erreichen, müssen sich alle Regierungen neu zu den Zielen Ausrottung der Armut und nachhaltige Entwicklung bekennen. Dazu gehört auch, dass sie sich gegen die Feminisierung der Armut wenden. Wir unterstützen die Kampagne „Armut soll der Vergangenheit angehören“ („Make Poverty History“) für Handelsgerechtigkeit, Schuldenerlass und mehr Hilfe, die sich auf die Erfüllung der Bedürfnisse der Völker richtet. Entwicklungspolitik, die es versäumt, die speziellen Bedürfnisse und die strukturelle Marginalisierung einiger Gesellschaftsgruppen zu berücksichtigen, erhöht die strukturelle Gewalt und die Gefahr bewaffneter Konflikte.

Handlungsansätze:

- a) Die strukturellen Faktoren, die Armut verursachen, angehen; dazu gehört auch Schuldenerlass und gleichberechtigter Handel. Gleichzeitig müssen Quantität und Qualität von Hilfe erhöht werden: Alle Geberländer müssen das von den VN gesteckte Ziel, 0,7% des Bruttoinlandsprodukts an die armen Länder abzugeben, erreichen.
- b) Prävention mit Hilfe von auf den MDG beruhenden Armutsbekämpfungs-Strategien fördern. Dabei soll der Blick besonders auf die Bedürfnisse der Randgruppen



pen, Migranten und IDPs gerichtet werden sowie auf ausgleichende Investitionen in benachteiligte Regionen, denen sonst die Vorteile des Wirtschaftswachstums entgehen würden. Sicherstellen, dass Aktionsprogramme fairen und dauerhaften Zugang zu den Erträgen ermöglichen und dass sie keinen Schaden anrichten („do no harm“). Die besonderen Entwicklungsbedürfnisse von Frauen und Mädchen berücksichtigen.

- c) Bei Länderunterstützungsstrategien und allen grundlegenden internationalen politischen Strukturen konfliktensiblen Ansätzen zur Durchsetzung verhelfen. Dazu gehören auch **Common Country Assessments**, Entwicklungshilfe-Strukturen der VN und Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung.
- d) Wirksame Teilhabe der von der Entwicklungspolitik Betroffenen – auch Frauen, Jugend und Minderheiten – an den politischen Entscheidungsprozessen sicherstellen.
- e) Ressourcen mobilisieren, Mittel einsetzen und die Zivilgesellschaft dazu bewegen, Krankheiten, die die menschliche Sicherheit bedrohen – z. B. HIV/AIDS – zu kontrollieren und zu beseitigen.

4.2.2. Knappe natürliche Ressourcen und Prävention

Die globale Nachfrage nach knappen Waren (Öl, Diamanten, Holz, Mineralien u. a.), die in Konfliktzonen konzentriert sind, kann zu bewaffneten Konflikten führen. Strategien müssen einerseits die direkten Verknüpfungen angehen - wenn das vorrangige Ziel der Konfliktparteien das Streben nach Kontrolle über Ressourcen ist, um von ihrem Verkauf Armeen oder Rebellengruppen zu finanzieren - und andererseits die indirekten Verknüpfungen, bei denen die Verwaltung der nationalen Ressourcen wirtschaftliche und politische Instabilität verursacht und damit Konflikte schüren kann. Darüber hinaus müssen die Kurz- und Langzeitfolgen von Umweltzerstörung und Klimawandel, die durch den nicht nachhaltigen Verbrauch dieser Ressourcen verursacht werden, als wichtiger Teil der Gesamtstrategie für Prävention und zur Förderung nachhaltiger menschlicher Sicherheit bekämpft werden.

Handlungsansätze:

- a) Entwicklungsstrategien auf Ressourcenvielfalt ausrichten, um damit die Abhängigkeit von knappen natürlichen Ressourcen zu verringern. Entwicklungsagenturen und die internationalen Finanzinstitutionen sollten sich ernsthaft mit dem Konfliktpotential, das Umweltzerstörung und Konkurrieren um Ressourcen schafft, befassen und Prävention zum Hauptkriterium beim Treffen von Entscheidungen und bei der Projektentwicklung machen.
- b) Die knappen natürlichen Ressourcen effektiv und nachhaltig nutzen, so dass sie der Bevölkerung zugute kommen, besonders denjenigen, die von Konflikten betroffen sind. Internationale Normen aufstellen und Unterstützung bieten, um die Transparenz und die Verantwortlichkeit von Steuersystemen zu vergrößern. Einrichtungen zur Schlichtung des Streits über Ressourcen unterstützen.
- c) Zertifizierungssysteme für Waren entwickeln, die zu gewalttätigen Konflikten beitragen, und regionale und globale Mechanismen einrichten, die illegale Grenzgeschäfte, die mit der Ausbeutung solcher Waren zusammenhängen, bezeugen. „Intelligente“ Sanktionen („smart sanctions“) entwickeln und über diejenigen verhängen, die vom Krieg profitieren und damit die Situation ausnutzen und verschlimmern. Diese Sanktionen können von öffentlicher Namensnennung („naming and shaming“) begleitet werden. CSOs können gegebenenfalls Verbraucheraktionen gegen die Schuldigen anregen.

4.2.3. Menschenrechte fördern und schützen

Für den Aufbau eines dauerhaften Friedens ist die Achtung der Menschenrechte entscheidend. Dazu gehören das Recht auf Leben, Frieden und Entwicklung, Versammlungsfreiheit, Meinungs- und Religionsfreiheit, Gleichstellung aller, keine Diskriminierung, Förderung und Schutz der Rechte von Frauen, Kindern und aller Minderheiten und indigener Völker. Internationales Recht und internationale Standards gelten für alle Menschen und sollten dementsprechend von allen eingehalten



werden. Regierungen sollten alle entsprechenden Verträge ratifizieren, ihre Verpflichtungen erfüllen und der Förderung der praktischen Umsetzung aller Rechte mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen widmen.

Handlungsansätze:

- a) CSOs können sich am politischen Dialog mit Regierungen beteiligen und die öffentliche Diskussion über geeignete Methoden und Maßnahmen, internationale Standards umzusetzen, anregen, besonders an Orten, wo diese Standards strittig sind und/oder falsch verstanden werden. Sie können für internationale Beobachtungseinrichtungen „Schattenberichte“ über die Umsetzung verfassen und die Erfüllung von Versäumnissen anmahnen.
- b) Internationale Hilfe bei der Stärkung der Mechanismen zur Umsetzung internationaler Standards und zur Förderung der allgemeinen Rechtsstaatlichkeit in einem Land anbieten. Dazu gehört auch die Vergrößerung der Handlungsfähigkeit des VN-Büros des Hohen Kommissars für Menschenrechte.
- c) Das Bewusstsein für die Menschenrechte in den Gemeinden erhöhen, auch für die Rechte der Frauen, der Kinder, der Angehörigen von Minderheiten und der indigenen Bevölkerung. Sich auf die Angehörigen der Sicherheitskräfte, einschließlich Polizei und Militär, mit dem Ziel einlassen, ihre Achtung der Menschenrechte zu verstärken, indem man an ihre Professionalität, Ehre und Verantwortung für die Einhaltung der Gesetze appelliert.
- d) Das Menschenrechtssystem der VN durch zusätzliche Ressourcen und politische Unterstützung stärken. Durch fortgesetzte aktive Teilnahme der NGOs und unabhängige Beobachtung dieses wichtigste multilaterale Forum effektiver machen. Sicherstellen, dass die Einhaltung der Menschenrechte, die Versäumnisse und die Bedürfnisse nach Capacity-Building in *allen* Ländern hinsichtlich *aller* Menschenrechte regelmäßig, unparteiisch, transparent und objektiv überprüft werden.

4.2.4. Wirksame Teilhabe und Gleichstellung

Dass manchen Bevölkerungsgruppen die wirksame Teilhabe am politischen Leben nicht gestattet wird, ist oft eine der tiefer liegenden Ursachen von Konflikten. Menschen, die sich politisch ausgeschlossen fühlen, neigen dazu, ihre Interessen mit außerpolitischen Mitteln zu verteidigen, manchmal auch mit Gewalt. Wenn man die wirksame Teilhabe der Menschen fördern will, muss man sich um die Beendigung von Diskriminierung bemühen und aktiv die Gleichheit fördern.

Handlungsansätze:

- a) Die Bemühungen intensivieren, um die Beijing Platform of Action für Gender-Gerechtigkeit und die Resolution über Frauen, Frieden und Sicherheit, Nr. 1325 des VN-Sicherheitsrates, umfassend umzusetzen. Auf nationaler Ebene Einrichtungen schaffen, die die Umsetzung dieser Standards überwachen und unterstützen. Regierungen, internationale Organisationen und NGOs sollten sicherstellen, dass auf allen Ebenen und in allen Institutionen Frauen und Männer in gleichem Maße vertreten sind.
- b) Wirksame Teilhabe von Minoritäten und indigenen Volksgruppen an Entscheidungen, die sie betreffen, sicherstellen. Regierungen, IGOs und andere Körperschaften sollten vorbeugend Schritte unternehmen, um sicherzustellen, dass diese Gruppen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu Beratungen und Entscheidungsprozessen Zugang haben. Bei allen Entscheidungsprozessen, die das Land, die Gebiete und die natürlichen Ressourcen und die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung von Minderheiten und indigenen Volksgruppen angehen, sollte das Prinzip freier, vorausgehender und auf Informationen beruhender Zustimmung („free, prior and informed consent“) im Mittelpunkt stehen.
- c) Ausgeschlossene Gruppen stärken und durch gewaltfreie soziale Aktionen die Aufmerksamkeit auf ihre berechtigten Beschwerden lenken. Die öffentliche Diskussion und einen Grundsatzdialog erleichtern, um Auffassungen und Bedürfnisse zu klären und um Vereinbarungen zu treffen, wie man damit umgehen soll.

4.2.5. Effektiver Staat und demokratische Regierungspraxis

Mangel an Legitimität und die Unfähigkeit eines Staates, seinen Bürgern Sicherheit und grundlegende Dienstleistungen zu bieten, kann zu Konflikten beitragen. CSOs sollten mit Institutionen aller Regierungsebenen zusammenarbeiten, um die Institutionen und Praktiken für gute Regierungsführung („good governance“) als Hauptaspekt von Prävention und lange andauernden Peacebuilding-Aktivitäten zu stärken. Regierungsangelegenheiten sind auf der niedrigstmöglichen Ebene (Subsidiaritätsprinzip) zu behandeln und es ist sicherzustellen, dass alle Gemeinschaften sich die Macht teilen, auch durch Föderalismus, Autonomie und Dezentralisierung. Das kann der Schlüssel sowohl zu einer guten Regierungspraxis als auch dazu sein, den Frieden zwischen kommunalen Gruppen zu sichern. Die wesentlichen Elemente eines andauernden Friedens sind: freie und faire Wahlen, Verlässlichkeit, Transparenz, Teilhabe informierter Bürger, Achtung vor der Vielfalt, Gleichheit vor dem Gesetz, Umgang mit Spannungen durch konstruktiven Dialog und die Bereitstellung von Grundgütern und -dienstleistungen für alle auf gleiche Weise.

Handlungsansätze:

- a) Nationale Wahlen wissenschaftlich begleiten, um Strategien zu entwickeln, mit deren Hilfe umfassende demokratische Prozesse verbessert werden können. Programme der Politischen Bildung und die Freiheit, eine politische Partei zu gründen oder ihr beizutreten, sollen die Bürger zur vollständigen Teilhabe ermutigen. Der im Zusammenhang mit Wahlen möglicherweise ausbrechenden organisierten Gewalt während der gesamten Wahlkampfzeit ist durch umfassende Beobachtung vorzubeugen, einschließlich des Einsatzes internationaler ziviler Beobachter, die gefährdeten Akteuren schützende Anwesenheit bieten.
- b) Die öffentliche Aufmerksamkeit auf und die Erwartungen von Rechtsstaatlichkeit fördern und mit den vereinten Bemühungen von Rechtssystem, CSOs und internationalen Körperschaften ihre Einhaltung beobachten.
- c) Die öffentliche Sicherheit soll durch Reformen im Sicherheitssektor erhöht und deren Wirksamkeit vergrößert werden. CSOs sollen an der Führung des Sicherheitssektors beteiligt werden, um Transparenz und Verantwortlichkeit zu erleichtern, eine größere Perspektivenvielfalt in den politischen Prozess einzubringen und eine bessere Berücksichtigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse durch die Sicherheitsinstitutionen zu bewirken. CSOs können die Kriminalitäts- und Justizpolitik untersuchen, um die Achtung der Menschenrechte zu fördern und die bürgerlichen Freiheiten zu schützen.
- d) CSOs an der Gesetzgebung dadurch beteiligen, dass man ihre Ansichten und Ideen erfragt über diejenigen wichtigen und sensiblen Sachverhalte, die Konflikte verursachen, verschlimmern oder zum Wiederaufflackern gewaltsamer Konflikte führen könnten. Den CSOs Kapazitäten aufbauende Unterstützung anbieten, damit sie sich von sich aus auf nationale politische Prozesse einlassen und mit Parlamentariern zusammenarbeiten, um eine angemessene Gesetzgebung zu entwickeln und zu überwachen.

Das serbische Parlament bezieht zum ersten Mal die Zivilgesellschaft in seine Arbeit ein. Die NGO 'European Movement in Serbia' ist Mitglied der parlamentarischen Arbeitsgruppe zum EU-Beitritt. Sie hält ihrerseits Gespräche am Runden Tisch und Beratungsversammlungen mit CSOs aus dem ganzen Land ab, die das Ziel haben, einen politischen Konsens über die sensiblen Fragen der europäischen Integration zu erreichen.

4.2.6. Entmilitarisierung, Abrüstung und Rüstungskontrolle

Die Mitgliedsstaaten der VN sollten die Verpflichtung, die ihnen aus Artikel 26 der Charta der Vereinten Nationen erwächst, dass nämlich „von den menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der Welt möglichst wenig für Rüstung abgezweigt wird“ erfüllen. Die „Hilfsquellen“ sollten der Entwicklung und Programmen zur Förderung dauerhaften Friedens gewidmet werden. Konkrete Schritte zur Abrüstung und Entmilitarisierung haben den zusätzlichen Wert, dass sie Vertrauen bilden und die Wahrscheinlichkeit von bewaffneten Konflikten, besonders zwischen Staaten, vermindern.



Handlungsansätze:

- a) Regierungen sollten über einen umfassenden Waffenhandelsvertrag („comprehensive arms trade treaty“) für konventionelle Waffen verhandeln und sich dann darauf einigen. Sie sollten das Aktionsprogramm über Kleinfeuer- und leichte Waffen vollständig umsetzen und sie sollten bei Verhandlungen über das Abschaffen nuklearer, biologischer und chemischer Waffen deutliche Fortschritte erzielen.
- b) CSOs können mit Regierungen und IGOs bei der praktischen Entwaffnung zusammenarbeiten. Dazu gehören auch Programme in Gemeinden, die auf die Verringerung der Zahl der Waffen im Besitz der Zivilbevölkerung zielen, besonders in Gesellschaften, die zur Gewalt neigen, und die Förderung von Abrüstungs-Erziehung. CSOs können dazu beitragen, die Verbindungen zwischen illegalem Waffenhandel, illegaler Ausbeutung natürlicher und anderer Ressourcen und Drogenschmuggel herauszufinden und zur Sprache zu bringen.
- c) CSOs sollten die Mittelzuweisungen für den Verteidigungshaushalt bzw. die Militärausgaben und Waffenkäufe mit dem Ziel beobachten, einen Wandel von der Priorität von Ausgaben für militärische Verteidigung zur Priorität einer Förderung menschlicher Sicherheit mit friedlichen Mitteln herbeizuführen. CSOs können Firmen und Institutionen, die Waffen entwickeln und produzieren, beobachten und sie von der Einflussnahme auf politische Entscheidungen abbringen.
- d) CSOs können auch die Verteidigungspolitik untersuchen und sich am politischen Dialog mit Regierungen beteiligen, um eine Orientierung nach Übereinstimmung mit dem internationalen Recht anzuregen. Sie können Regierungen, nationale Parlamente und regionale Organisationen dazu ermutigen, die Beteiligung des Staates an internationalen Verträgen und Abrüstungsvereinbarungen zu vergrößern.
- e) Regierungen sollten den Bürgern ihres Landes in Gesetz und Praxis das Recht auf Kriegsdienstverweigerung – in Übereinstimmung mit den VN-Empfehlungen – zugestehen.

In einigen Gegenden spielen normative Rechtsverpflichtungen eine wichtige Rolle für die Förderung der Stabilität in einer Region und für die Zunahme des Vertrauens. In Artikel 9 der japanischen Verfassung z. B. wird auf Krieg als Mittel der Auseinandersetzung und auf die Unterhaltung von Truppen zu diesem Zweck verzichtet. Das bildet eine Grundlage für die gemeinsame Sicherheit in der gesamten Asien-Pazifik-Region.

4.3. Programme und Geldmittel für Prävention und Peacebuilding

4.3.1. Aktionsprogramm für Prävention und Peacebuilding

Ein umfassendes internationales Aktionsprogramm, das die Kapazitäten aller diesbezüglichen Akteure einbezieht, ist nötig, um Prävention als grundlegendes Ziel von Sicherheitsinstitutionen und internationaler Politik und Praxis zu einer Selbstverständlichkeit zu machen.

Handlungsansätze:

- a) Eine Reihe regionaler Beratungstreffen rund um die regionalen Aktionsagenden der GPPAC abhalten. Entscheidungsträger der VN, regionale Organisationen, Regierungen und CSO-Netzwerke einbeziehen, um Herausforderungen und Umsetzungswege für diese Agenden zu erforschen.
- b) Ein Aktionsprogramm für Prävention und Peacebuilding, das sich auf diese Globale Aktionsagenda stützt und auf das man sich international einigt, entwickeln.
- c) Mitgliedsstaaten sollten in Absprache mit entsprechenden CSOs und anderen in Betracht ziehen, ergänzende Millenniumsfriedens- und -sicherheitsziele zu entwickeln, um ihre Verpflichtungen der Millenniumserklärung sowohl für Frieden, Sicherheit und Abrüstung als auch für Menschenrechte, Demokratie und Regierungspraxis so zu erfüllen, dass sich die Chance der Erfüllung der



Millenniums-Ziele vergrößert. Eine entsprechende Reihe von auf Recht und Gesetz gegründeten und gendersensitiven Zielen kann auf der Struktur von Normen und Standards aufbauen, auf die sich die Regierungen bereits geeinigt haben, und Aufmerksamkeit und Ressourcen auf ihre Erfüllung lenken; dabei sollte lokale Teilhabe bei ihrer Umsetzung im Mittelpunkt stehen.

4.3.2. Prävention und Peacebuilding finanzieren

Wenn Prävention und Peacebuilding Vorrang haben sollen, dann braucht man dafür mehr und effizienter verwaltete Ressourcen. Finanzierungsmodalitäten sollten verlässliche Etats und Finanzierungsströme verbinden, die für flexible schnelle Reaktionsinitiativen ('flexible rapid response initiatives') zur Verfügung gestellt werden können. Um Konflikttransformation auf Dauer herzustellen und die wirksame Zuteilung von Ressourcen so zu lenken, dass sie dieses Ziel erreicht, sind kohärente Rahmenbedingungen notwendig.

Handlungsansätze:

- a) Multilaterale und bilaterale Geber sollten zusammen mit Präventionsexperten und CSOs einen Plan zur Vergrößerung der Gesamtfinanzierung für strukturelle und Früh-Präventions-Aktionen entwickeln. Dazu gehört auch die Umwidmung von Geldern aus Verteidigungsetats in Mittel für kooperative und nicht mit Zwangsmaßnahmen verbundene Strategien und Programme.
- b) Lücken in den gegenwärtigen Finanzierungsvereinbarungen herausfinden und zur Sprache bringen wie z. B. die für grenzüberschreitende und regionale Initiativen in den meisten Teilen der Welt.
- c) In Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Generalsekretärs sollten Geber einen ständigen Fond von 250 Millionen US-\$ für Peacebuilding einrichten, z. B. für die Finanzierung der laufenden Kosten einer im Entstehen begriffenen Regierung oder für Behörden, die bedeutsame Programme in den Bereichen Rehabilitation und Reintegration durchführen. Lokale Interessenvertreter sollten vollständig in die Entwicklung und Umsetzung der Hilfsstrategien einbezogen werden. Geber sollten Treuhandfonds auf Gemeindeebene schaffen, mit deren Hilfe Wiederaufbau und Peacebuilding finanziert werden können.
- d) Wenn Geber-Regierungen Prävention und Peacebuilding direkt oder durch entsprechende übergreifende Regierungsagenturen organisieren, sollten sie bei der Analyse, Planung und Umsetzung CSOs einbeziehen. Es ist allerdings möglich, dass sie zur Unterstützung der Leistungen der CSOs in diesem Prozess eine angemessene Finanzierung zur Verfügung stellen müssen.
- e) CSOs und Geber sollten gemeinsam die mittel- bis langfristigen Konsequenzen der Modalitäten der Finanzierungsbeziehungen prüfen. Überprüfen, wie die strategischen Prioritäten definiert werden (z. B. wer die Priorität hat und warum) und wie die Initiativen zu ihrer Erfüllung ausgewählt werden. Stärker integrierte und nachhaltige Strategien fördern, um Zersplitterung und Überorganisation zu vermeiden und zu verhindern, dass die Ansätze zur Konfliktbearbeitung von den Gebern bestimmt werden. Konfliktsensitive Richtlinien entwickeln, um die Transparenz von Finanzierungsquellen, Finanzierungsprioritäten und Begünstigten zu vergrößern, um der politischen Opposition gegen vom Ausland finanzierte CSOs und Aktivitäten entgegenzuwirken.
- f) NGOs, die an Konflikten arbeiten, sollten unabhängige Finanzquellen für ihre Aktivitäten finden, darunter auch private Spender. Sie sollten Mitgliedsorganisationen mit unabhängiger Finanzierung und anderer Unterstützung durch die Mitglieder bilden. Wenn es ihnen gelingt, die Unterstützung der allgemeinen Öffentlichkeit zu bekommen, dann könnte damit das Entstehen einer größeren Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für den Wert der Prävention und die Unterstützung der Aufgaben der CSOs, die diese fördern, einhergehen.

5. Empfehlungen zum Aufbau von Präventionskapazitäten



5.1. Empfehlungen für Netzwerke der Zivilgesellschaft

Aufbauend auf den Erfahrungen von GPPAC und anderen damit verbundenen Netzwerken, ist es unser Ziel, die Kapazitäten für Prävention und Peacebuilding durch globale, regionale und nationale Netzwerke zu vergrößern. Wir müssen effektivere Mechanismen und Institutionen schaffen, um Kommunikation, Koordination und gegenseitige Hilfe zu verbessern. Diese sollten Querverbindungen zwischen lokalen, nationalen, regionalen und globalen Ebenen ermöglichen. Unser Ziel ist, unsere Fähigkeit, gemeinsame und sich ergänzende Strategien zu entwickeln, zu vergrößern. Damit wollen wir Gruppen, die im selben geografischen Gebiet arbeiten, und Gruppen, die thematisch auf demselben Gebiet an Prävention und Peacebuilding arbeiten, miteinander verbinden. Wir erkennen, dass das besondere Potential und die besondere Bedeutung von Netzwerken darin besteht, die Akteure der Zivilgesellschaft – wie z. B. Frauen-, Jugend-, Glaubens- und andere Organisationen – zu dem Zweck miteinander zu verbinden, dass sie ihre besonderen Kapazitäten und Anliegen gemeinsam besser weiterentwickeln können. Wir wollen Schnittstellen zwischen dieser Art von Netzwerken sowie Netzwerken und Koalitionen, die spezielle Konfliktsituationen und/oder besondere Themen angehen, herstellen.

- a) Lokale Kapazitäten für Frieden und kulturell angepasste Strategien zur Konfliktbearbeitung durch autonome und sich selbst bestimmende lokale, nationale und subregionale Netzwerke stärken, die Praktikern eine Plattform zum Austausch von Erfahrungen und Sorgen und zum Formulieren gemeinsamer Rahmenbedingungen und Strategien anbieten.
- b) Von CSOs initiierte regionale Zentren und Plattformen schaffen, um mögliche Konflikte zu beobachten und um gegebenenfalls rechtzeitig und innovativ durch vorbeugende Diplomatie und Initiativen zum Angehen von grenzüberschreitenden Faktoren, die Konflikte verursachen und verschlimmern, darauf zu reagieren.
- c) Die Verbindungen zwischen IGOs und CSO-Präventions- und Peacebuilding-Netzwerken stärken, formelle Konsultationen eingeschlossen. Das wird auch eine stärkere Integration der Perspektive des Südens in internationale Foren ermöglichen.
- d) CSO-Plattformen, die sich der Prävention und dem Peacebuilding widmen, sollten Verbindungen zu anderen Institutionen aufnehmen: zu Glaubensgemeinschaften, Menschenrechtsorganisationen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Universitäten. Schritte sollten unternommen werden, um mit Netzwerken zusammenzuarbeiten, die sich auf verwandte Themen konzentrieren: Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltthemen.
- e) In Präventions- und Peacebuilding-Initiativen mehr Ressourcen und Aufmerksamkeit auf Gendersensibilität und Gleichstellung der Frau verwenden. Das Verständnis für genderspezifische Sichtweisen innerhalb der Organisationsstrukturen vergrößern und Strategien zur Umsetzung gendersensitiver Ansätze entwickeln.
- f) Auf die Fähigkeiten der Jugend für Prävention und Peacebuilding setzen, indem Trainingsprogramme für Jugendliche und Jugendinitiativen stärker und dauerhaft unterstützt werden. Dazu gehört auch das Einrichten von Netzwerken, in denen Erfahrungen mitgeteilt und Reaktionen auf Konflikte entwickelt werden. Regierungen und internationale Organisationen und Behörden sollten in Beratungen mit der Jugend Basisrichtlinien entwickeln, die sicherstellen, dass sie die Jugend in ihre Aktivitäten einschließen und ihre Bedürfnisse berücksichtigen.



5.2. Empfehlungen für die Vereinten Nationen

5.2.1. Leitung der Präventionsbemühungen durch die Mitgliedsstaaten

Die Kapazitäten der beratenden VN-Organe zur Leitung von Prävention und Peacebuilding und ihre wirksame Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in Friedens- und Sicherheitsangelegenheiten stärken.

- a) Die wesentliche Agenda der **Generalversammlung** sollte einen Schwerpunkt auf die Entwicklung und die Einigung auf ein Aktionsprogramm für Prävention setzen. Sie sollte Mechanismen etablieren, durch die sie die Zivilgesellschaft vollständig und systematisch einbindet.
- b) Der **Sicherheitsrat** sollte die Empfehlungen des Cardoso-Panel umsetzen, um die Verbindung des Rates zur Zivilgesellschaft zu stärken. Er sollte Planung und Effektivität von informellen Treffen nach der Arria-Formel vertiefen und verbessern, indem er die Vorlaufzeiten verlängert und die Reisekosten übernimmt, damit mehr lokale Akteure daran teilnehmen können. Die VN-Mitarbeiter im jeweiligen Land sollten dazu beitragen, mögliche Gesprächspartner aus der Zivilgesellschaft des Landes auszuwählen. Die Einsatzkräfte des VN-Sicherheitsrates sollten sich regelmäßig mit geeigneten Führern der lokalen Zivilgesellschaft und internationalen NGOs treffen. Der Sicherheitsrat sollte weiterhin Seminare mit den Themen Prävention und Peacebuilding veranstalten, zu denen Vertreter von CSOs hinzugezogen werden. Der Sicherheitsrat sollte nach von ihm mandatierten Operationen unabhängige Untersuchungskommissionen einberufen.
- c) Die führende Rolle des **Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC)** bei der Entwicklung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit stärken und dadurch die normative und operationale Arbeit der VN miteinander verbinden. Er sollte die Förderung struktureller Prävention und menschlicher Sicherheit ebenso wie Peacebuilding nach einem Krieg in den Vordergrund rücken, wie in der Global Action Agenda ausgeführt wird. ECOSOC sollte intensiver mit internationalen Finanzinstitutionen über eine sich an Prävention orientierende Politik und entsprechende Praktiken verhandeln. Der Rat sollte bei der Entwicklung von themen- und situationsspezifischen Reaktionen eng mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.
- d) Wir unterstützen die Schaffung einer **UN Peacebuilding Commission** und wir glauben, dass deren Effektivität durch die Zusammenarbeit mit CSOs, die Expertenwissen in Peacebuilding besitzen, vergrößert wird. Die Kommission sollte sich sowohl mit den Schlüsselthemen – z. B. Umgang mit den knappen natürlichen Ressourcen und Förderung der Rechtsstaatlichkeit – als auch mit landes- und regionsspezifischen Situationen befassen. Die UN Peacebuilding Commission sollte sich aktiv auf CSOs aus den betroffenen Ländern einlassen und gegebenenfalls Partnerschaftsvereinbarungen eingehen. Die Kommission sollte vorbeugend Mitgliedsstaaten und andere dazu anregen, sich bei ihr in jedem Stadium, auch schon vor einer Krise, Rat und Hilfe zu holen, um dadurch die Eskalation eines Konflikts zum gewalttätigen Konflikt zu verhindern. Das Peacebuilding-Unterstützungs-Büro, dessen Schaffung wir vorschlagen, sollte über hoch qualifizierte Mitarbeiter verfügen, die breite praktische Erfahrungen mit Arbeit an speziellen Konflikten haben, wozu auch das Moderieren von Dialogen und Mediation gehören. Es sollte eine spezielle Abteilung für Hilfe zur Rechtsstaatlichkeit besitzen und Methoden entwickeln, den Ländern Unterstützung anzubieten, die möglicherweise durch bewaffnete Konflikte gefährdet sind.

5.2.2. Die Präventionskapazitäten des VN-Sekretariats stärken

Strategien für Langzeit- bzw. strukturell tief ansetzende Prävention zur Selbstverständlichkeit machen und in die Arbeit *aller* Abteilungen, Agenturen und Programme der VN integrieren und die Mechanismen stärken, Strategien im gesamten System zu vereinheitlichen. Bemühungen zur Stärkung struktureller Prävention müssen mit verstärkten Mechanismen verbunden werden, Reaktionen auf entstehende Krisen zu leiten.

- a) Maßnahmen zur Förderung von friedlichen Streitlösungen gemäß Kapitel VI der Charta der Vereinten Nationen sollten verstärkt werden. Dabei sollte die vorbeu-



gende Diplomatie, wie sie sich aus Artikel 34 ergibt, stärker betont werden. Das sollte auch Situationen umfassen, an denen nicht staatliche Akteure beteiligt sind. Die Parteien sollten angeregt werden, sich in den wichtigsten Streitpunkten um Versöhnung, Schlichtung und Schiedsgerichte zu bemühen.

- b) Die gute Arbeit, die das Büro des Generalsekretärs der VN leistet, und seine Kapazitäten für präventive Mediation und frühzeitige Streitschlichtung sollten dadurch gestärkt werden, dass das Büro mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommt. Mitarbeiter, die in Konflikt-Analyse und -Lösung Erfahrung haben, können folgende Hilfen anbieten: (a) Analysen durchführen und Vorschläge entwickeln und (b) in einem frühen Stadium der Prävention mediiieren bzw. Dialoge moderieren. Zu diesem Zweck könnten sie Pendel-Diplomatie einsetzen und andere formelle und informelle Treffen mit Regierungschefs und Oppositionsführern bzw. Führern militanter Gruppen ausrichten.
- c) Innovative Initiativen wie das Joint UN Development Programme bzw. Department of Political Affairs Programme on Building National Capacity for Conflict Prevention unterstützen, um rechtzeitige Hilfe in Risikosituationen anzubieten.
- d) Anstrengungen und Mittel sind notwendig, um den Aktionsplan für die Verhinderung von Völkermord umzusetzen. Insbesondere sollte der neue Special Advisor for the Prevention of Genocide mit den notwendigen Mitarbeitern und Geldmitteln ausgestattet werden, damit er seine wichtige Aufgabe effektiv erfüllen kann.

5.2.3. Länder-Teams der VN

Die VN-Kapazitäten für Prävention und Peacebuilding innerhalb der Länder durch Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft stärken. Die Mitgliedsstaaten und der Generalsekretär sollten gemeinsam die Bedeutung und die Erwartungen an die Zusammenarbeit der VN mit verschiedenen Elementen der Zivilgesellschaft innerhalb eines Landes als Teil der fortlaufenden Arbeit an der menschlichen Entwicklung und der Vorbeugung gegen bewaffnete Konflikte und Förderung eines dauerhaften Friedens bestätigen. Die Beamten der VN sollten an erster Stelle den Raum für die Aktivitäten der CSOs wahren und daran arbeiten, deren Sicherheit zu fördern.

- a) In einem VN-Länder-Team einen Brennpunkt für Prävention und Peacebuilding schaffen, um den Informationsfluss effektiv zu kanalisieren und ein Katalysator bei der Koordinierung angemessener Reaktionen zu sein, möglicherweise dadurch, dass man die Rolle der UNDP-Friedens- und EntwicklungsberaterInnen ausbaut. Sie sollten mit der lokalen Zivilgesellschaft Strukturen der Zusammenarbeit aufbauen und als Verbindungsglied zwischen Regierungen, regionalen Organisationen sowie lokalen und internationalen CSOs dienen, die an Prävention und Peacebuilding arbeiten.
- b) Der **Resident Coordinator / SRS** kann beratende Gremien einrichten. Diese Räte, die sich aus Frauen und Männern aus verschiedenen sozialen Gruppen und möglicherweise aus Regierungsvertretern, lokalen Autoritäten und regionalen Organisationen zusammensetzen, könnten an der Entwicklung gemeinsamer Strategien arbeiten, um den sozialen Zusammenhalt und die menschliche Sicherheit zu fördern, und helfen sicherzustellen, dass die Gesamtstrategie, die von den internationalen Akteuren verfolgt wird, auch die lokalen Bedürfnisse berücksichtigt. Im Idealfall könnten diese Räte zu einem Modell für solche Ansätze der Konfliktarbeit werden, die auf Dialog zwischen verschiedenen Interessenvertretern basieren. In größeren Ländern könnten solche Räte in verschiedenen Regionen, besonders in Konfliktzonen, eingerichtet werden, um die Menschen außerhalb der Hauptstädte wirksamer zu beteiligen. In Ländern, in denen die Gefahr eskalierender Konflikte besteht, sollten diese Räte Frühwarnungen, Analysen und Ideen ebenso wie Strategien, die aus lokalen Prozessen hervorgehen, in nationale Überlegungen einbringen. Gegebenenfalls könnten diese Räte durch unabhängige Beobachtung, Mediation und Beratung über Strategien des Peacebuilding zur Umsetzung von Friedensabkommen beitragen.



5.2.4. Geldmittel für Prävention und Peacebuilding

Die VN sollten nach dem Modell ähnlicher Aktionen für humanitäre Hilfe Spendenaktionen für Prävention und Peacebuilding veranstalten. Dazu gehört auch die Entwicklung gemeinsamer Appelle an mögliche Spender, die integrierten Programme von CSOs und IGOs zu unterstützen. Die UN sollten bessere Verbindungen zu den internationalen Finanzinstitutionen herstellen, so dass diese, in Koordination mit den UN, ständige Fonds für Prävention und Peacebuilding einrichten. Der **Consolidated Appeals Process (CAP)** sollte eine Abteilung für Initiativen zur Förderung von **„sozialem Zusammenhalt und Peacebuilding“** umfassen. Das Büro für die Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten sollte dazu ermutigt werden, flexible Modalitäten zu benutzen, wie z. B. regionale CAPs, damit es einerseits in auftauchenden Konfliktsituationen schnell handeln und andererseits dauerhafte Unterstützung sicherstellen kann, um langfristige Wiederherstellungsaufgaben zu erfüllen. CSOs aus Gemeinden, die von Konflikten betroffen sind, sollten aktiv daran teilnehmen, Prioritäten und Pläne für die Finanzierung zu entwickeln: CAPs, Einschätzung der Bedürfnisse, die nach einem Konflikt vordringlich sind, Übergangsstrukturen.

Seit 2000 gibt es einen CAP für den Nordkaukasus, der sich mit den Folgen von gewalttätigen Konflikten und Naturkatastrophen befasst. Die russische Regierung hat zu verstehen gegeben, dass der CAP nicht mehr gebraucht werde. Lokale CSOs fordern eine neue Initiative für einen von den VN koordinierten Aufruf, Programme finanziell zu unterstützen, die sich mit den folgenden Themen befassen: sozialer Zusammenhalt, Reduzieren von Spannungen, Unterstützen von langfristiger Wiederherstellung und Stärkung regionaler Stabilität. Die CSOs sind bereit, sich an der Entwicklung des Plans und am Aufruf selbst zu beteiligen.

5.3. Zusammenfassung der Empfehlungen für Regierungen

Regierungen und CSOs können bei der Entwicklung effektiver Systeme für zivile Konfliktbearbeitung zusammenarbeiten, wenn sichergestellt wird, dass Regierungen ihre Aufgaben erfüllen und CSOs ihre Unabhängigkeit bewahren. Sie können durch koordinierte Aktionen, kritischen Dialog und dauernde Beobachtung bei der Förderung der menschlichen Sicherheit zusammenarbeiten. CSOs sollten in allen Stadien von Präventionsrichtlinien und Präventionsprogrammen, an Entwicklung, Entwurf und Umsetzung, beteiligt sein.

- Menschliche Sicherheit als Leitprinzip in die Richtlinien und Praxis der Innen- und Außenpolitik aufnehmen. Einen Gesamt-Regierungs-Ansatz („whole of government“) entwickeln, möglicherweise durch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle innerhalb der Regierung, der Beratungsmechanismen mit CSOs und IGOs umfasst. Die Regierungen sollten als Mitglieder von IGOs die sich herausbildende Norm der „Verantwortung zu schützen“ innerhalb der weiter gefassten Struktur kollektiver Sicherheit, die Prävention in den Mittelpunkt stellt, unterstützen. Sie sollten zur Entwicklung und Einigung auf ein umfassendes internationales Aktionsprogramm zu Prävention und Peacebuilding ihren Teil beitragen.
- Durch die Zusammenarbeit mit IGOs und CSOs eine operationale Prävention stärken, um die Frühwarnungs- und Frühreaktions-Systeme effektiver zu machen. Regierungen sollten Maßnahmen ohne Zwangscharakter wie vorbeugende Diplomatie in einem frühen Stadium und vertrauensbildende Maßnahmen unterstützen und an ihnen teilnehmen. Gleichzeitig sollten sie effektivere und zielgerichtete Strafmaßnahmen, z. B. Sanktionen, ergreifen.
- Menge und Qualität der Unterstützung internationaler Friedensoperationen anheben, einschließlich ziviler Friedensdienste, und die Forderung des Generalsekretärs nach vernetzten Friedenskonsolidierungskapazitäten erfüllen. Regierungen sollten sich darüber hinaus verpflichten, Ländern, die gerade gewalttätige Konflikte hinter sich haben, langfristige finanzielle und politische Unterstützung als Investition in eine Langzeit-Prävention anzubieten.
- Strategien entwickeln und einsetzen, um systematisch grenzüberschreitende und globale Faktoren anzusprechen, die Konflikte ermöglichen und anheizen kön-



- nen. Dazu gehören konfliktträchtige Waren, Waffen- und Drogenhandel sowie Schmuggel.
- Schritte unternehmen, um die Entwicklung einer Kultur des Friedens in der Gesellschaft zu unterstützen, indem man die Erklärung und das Aktionsprogramm für eine Kultur des Friedens (Declaration and Programme of Action on a Culture of Peace) umsetzt, auch durch eine Bildungsreform und durch Richtlinien und Ressourcen, mit deren Hilfe Friedenspädagogik und Erziehung zu konstruktiver Konfliktbearbeitung zu einer Selbstverständlichkeit gemacht wird.
 - Hinterlassenschaften von Konflikten aus Gegenwart und Vergangenheit durch In-Gang-Setzen eines öffentlichen Dialogs darüber, wie am besten mit der Vergangenheit umzugehen ist, angehen. Dies muss durch eine vollständige Untersuchung dessen, was geschehen ist, untermauert werden. Außerdem müssen Gelder zur Verfügung gestellt werden, um eine juristische Wiedergutmachung zu fördern. Gegebenenfalls muss Straffreiheit beendet werden.
 - Die nationalen Kapazitäten für friedliche Konfliktbearbeitung durch die Stärkung entsprechender staatlicher Institutionen und von Systemen für alternative Streitlösung verbessern. Dabei soll man sich auch auf indigene Konfliktbearbeitungssysteme stützen und sie ergänzen.
 - Die Effektivität des Staates beim Waren- und Dienstleistungsangebot, einschließlich Sicherheit, vergrößern, um die menschlichen Grundbedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu erfüllen und die demokratische Regierungsform und Rechtsstaatlichkeit auf allen Ebenen zu stärken.
 - Prävention fördern durch mehr Geldmittel und Priorität für die Erfüllung der MDGs, besonders für auf MDGs beruhende Armutsbekämpfungs-Strategien. Aktionsprogramme sollten gleichberechtigten und nachhaltigen Zugang zu den angebotenen Leistungen ermöglichen und „keinen Schaden zufügen“. Partizipatorische Methoden benutzen, um Gemeinden in die Entwicklung von Prioritäten und die Umsetzung von Programmen einzubeziehen.
 - Alle Menschenrechte fördern und schützen, indem man internationale Standards in die Gesetzgebung des eigenen Staates einbezieht. Die Regierungen sollten Maßnahmen einführen und die dafür notwendigen Gelder zur Verfügung stellen, um internationale Standards zu erfüllen, besonders die für effektive Teilhabe und Gleichstellung. Sie sollten die konsequente Anwendung der Menschenrechte in der Rechtsstaatlichkeit im Inland und international fördern, einschließlich internationaler humanitärer Gesetze.
 - Einen Zeitplan zur Reduzierung von Budgets und Geldern für militärische Kapazitäten aufstellen und mehr Gelder darauf verwenden, Konfliktursachen anzugehen und die menschliche Sicherheit zu fördern. Einen umfassenden Vertrag über den Handel mit konventionellen Waffen aushandeln und annehmen, das Aktionsprogramm über Kleinfeurgewehre und leichte Waffen vollständig umsetzen und – soweit für das jeweilige Land relevant – bedeutsame Fortschritte bei der Abschaffung nuklearer, biologischer und chemischer Waffen machen.

Kanadische und internationale CSOs, die mit der kanadischen Regierung und anderen zusammenarbeiten, wirken effektiv an Initiativen für menschliche Sicherheit, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen, zusammen. Das führte bisher schon zum Vertrag über das Verbot von Landminen, zur Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes und zu einem globalen System, mit dessen Hilfe „Konflikt-Diamanten“ in Schranken gehalten werden

5.4. Zusammenfassung der Empfehlungen an regionale Organisationen

Regionale und subregionale Organisationen sollten ihre Kapazitäten zur effektiven Erfüllung der vielen Aufgaben, die mit Prävention und Peacebuilding verbunden sind, vergrößern. Dabei sollten sie mit den VN, Regierungen und CSOs zusammenarbeiten. Sie sollten ihre Handlungskapazitäten für Prävention entwickeln oder stärken und sie möglicherweise durch spezialisierte Büros oder Ämter verwalten. Regionale Organisationen sollten die legitime Rolle der CSOs für die Strukturen und Mechanismen für Prävention und Peacebuilding zwischen den Regierungen aner-



kennen. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um dieses Engagement zu institutionalisieren, z. B. indem CSOs innerhalb dieser Strukturen beratenden Status erhalten.

- Beratungsversammlungen mit dem regionalen GPPAC-Netzwerk durchführen, um Herausforderungen und Umsetzungsmöglichkeiten der regionalen Aktionsagenden zu erkunden. Daran sollten leitende Beamte der VN, regionale Organisationen, Regierungen und das CSO-Netzwerk teilnehmen.
- Regionale Mechanismen einrichten oder stärken, die sich mit internationalen und lokalen Frühwarnungs- und Frühreaktions-Systemen vernetzen, woran sich die Zivilgesellschaft durch Beobachtung, Analyse und Umsetzung beteiligen sollte.
- Vorbeugende Diplomatie und Konfliktlösung in einem frühen Stadium durchführen und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen mit Hilfe solcher regionaler Instrumente und Mechanismen unterstützen, die die Präventions- und Peacebuilding-Kapazitäten der CSOs nutzen. Die Maßnahmen könnten auch die Einrichtung von regionalen Zentren für Prävention und Peacebuilding, besonders Berater, Räte anerkannter Persönlichkeiten („councils of wise people“) und andere dauerhafte Instrumente umfassen.
- Einheitliche Strategien entwickeln und umsetzen, die den Komplex derjenigen grenzüberschreitenden und regionalen Faktoren angehen, die Konflikte ermöglichen oder verursachen. Die regionalen Standards und Beobachtungssysteme in Übereinstimmung mit den höchsten internationalen Normen und Standards stärken, um diese Bedrohungen regionalen Friedens und regionaler Sicherheit besser zu regulieren.
- Multifunktionale Friedensoperationen durch einheitliche Mandate, die sich auf lokale Kapazitäten und Peacebuilding-Bemühungen stützen, stärken. Sie sollten operationale Strukturen für eine effektive Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Missionen und lokalen Akteuren besitzen. Vereinbarungen über die Verbindung von Peacebuilding-Kapazitäten mit zivilen Friedensdiensten zustimmen und das Gesamtsystem durch gemeinsames Training, Durchdenken von Szenarien und Evaluation verbessern.
- Dort, wo regionale Organisationen oder Staaten die Führung bei der Mediation von Friedensverhandlungen übernehmen, sicherstellen, dass der Prozess eine Teilnahme der Öffentlichkeit an den Erwägungen über Verfassungsrecht und Richtlinien der Politik angehen, ermöglicht.
- Nachhaltige Unterstützung von langfristigem Peacebuilding und Versöhnung anbieten. Sicherstellen helfen, dass Strategien auch die Ursachen und Konsequenzen von Konflikten, die in der weiter gefassten Region liegen, angehen, um die Gefahr des Wiederaufflackerens oder der Ausbreitung auf benachbarte Länder zu vermindern.
- Die Rolle des Katalysators spielen für Bemühungen um den Aufbau von Kulturen des Friedens, indem man Aufmerksamkeit weckt, den Austausch in der Region fördert und Initiativen durchführt, die zur Erfüllung des internationalen Aktionsprogramms beitragen. Dazu gehört auch eine gemeinsame Revision der Curricula und der Schulbücher mit dem Ziel, gemeinsame Rahmenpläne für den Unterricht über die Vergangenheit und über Länder und Völker der Region zu entwickeln.
- Die menschliche Sicherheit durch regionale Programme und Vereinbarungen zum Angehen struktureller Konfliktursachen fördern; nachhaltige Entwicklung und Beseitigung der Armut; die praktische Umsetzung der Menschenrechte und regionaler Standards und dass die Mitgliedsstaaten die höchsten Standards guter Regierungsführung einhalten.
- Vereinbarungen moderieren und vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen, um durch Entmilitarisierung regionale Rüstungswettläufe zu deeskalieren, illegalen Waffenhandel angehen und praktische Abrüstung von Kleinfeurgewehren und leichten Waffen fördern.

Der Ministerrat der Gemeinschaft der Nationen der Anden vereinbarte 2004, ein Sicherheits-Netzwerk für die Anden einzurichten. Das soll CSOs, Akademiker, politische Gruppen und Unternehmer mit Regierungen und IGOs auf den Gebieten Entwurf, Umsetzung und Evaluation von Sicherheitspolitik, Analyse von Frühwarnungen und Krisenmanagement verbinden.

6. Menschen sichern den Frieden: Die Globale Partnerschaft zur Prävention Bewaffneter Konflikte



Die Globale Partnerschaft zur Prävention Bewaffneter Konflikte (Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict - GPPAC) ist ein weltweiter, von der Zivilgesellschaft geleiteter Prozess, der einen neuen internationalen Konsens über Peacebuilding und die Prävention bewaffneter Konflikte schaffen soll. Zwar sind es in erster Linie die Regierungen, die die Verantwortung dafür haben, ihre Bürger zu schützen und Gewaltanwendung vorzubeugen, aber die Komplexität, das Ausmaß und die Unterschiedlichkeit der Konflikte bedeuten, dass keine einzelne Einheit allein den Frieden sichern kann, sondern dass dafür ein umfassendes Netzwerk von Beziehungen und Aktionen notwendig ist. GPPAC arbeitet an der Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke für Frieden und Sicherheit, indem sie lokale, nationale, regionale und globale Aktionsebenen und effektives Engagement mit Regierungen, dem VN-System und regionalen Organisationen in Verbindung bringt. Das wiederum vergrößert das Potential für Solidaritätsarbeit und globale Mobilisierung zur Stärkung der Kapazitäten für Frieden und Gerechtigkeit.

GPPAC will den Paradigmenwechsel von der Reaktion auf Konflikte zur Prävention von Konflikten durch das Erreichen der im Folgenden genannten Zwischenziele unterstützen:

1. Ein **dauerhaftes Netzwerk** von Einzelnen und Gruppen schaffen, die effizient und effektiv in Prävention und Peacebuilding auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene ausgebildet sind. Dieses Netzwerk soll Partnerschaften zwischen vielen Vertretern unterschiedlicher Interessen („multi-stakeholder partnerships“) umfassen, zu denen auch verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft, Regierungen, regionale Organisationen und die Vereinten Nationen gehören müssen, um wirksames Engagement zu ermöglichen.
2. Eine **Agenda des Politikwechsels**, wie sie in der Globalen Aktionsagenda und in den Regionalen Aktionsagenden formuliert worden ist, entwickeln und umsetzen, die die Langzeitwirkung von Prävention und Peacebuilding stärkt.
3. **Aufmerksamkeit in der gesamten Weltöffentlichkeit** erregen und gesellschaftliche Gruppen schaffen, die über Prävention und Peacebuilding informiert sind sowie darüber, welche wichtige Rolle die Zivilgesellschaft für ihre Umsetzung spielt, wenn sie die menschliche Sicherheit als Alternative zu militärischen Ansätzen aktiv unterstützt, die die Sicherheit des Staates über die Einhaltung der Menschenrechte und die Sicherheit des Einzelnen und seiner Gemeinschaften stellen.

GPPAC wurde 2002 als Reaktion auf den Aufruf des Generalsekretärs der Vereinten Nationen an die Zivilgesellschaft in seinem *Bericht über die Prävention bewaffneter Konflikte (Report on the Prevention of Armed Conflict, 2001)*, eine internationale Konferenz über die Rolle der Nicht-Regierungs-Organisationen und ihre Interaktion mit den VN bei der Prävention vorzubereiten, ins Leben gerufen. Dieser Prozess baut auf Jahrzehnten von Präventions-, Resolutions- und Peacebuilding-Initiativen, -Prozessen und -Erfolgen in aller Welt auf. GPPAC wird durch fünfzehn regionale Prozesse organisiert, von denen jeder eine Aktionsagenda entwickelte, die die Prinzipien und Prioritäten der jeweiligen Region widerspiegeln. In vielen Ländern gab es auch Konsultationen, die von nationalen Brennpunkten organisiert wurden. Bis heute haben sich Tausende von Menschen und Organisationen an diesen Prozessen beteiligt, besonders Akteure der Zivilgesellschaft aus Organisationen für Peacebuilding, unbewaffnete Friedenskonsolidierung, Abrüstung, Entwicklung, humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Frauen, dazu religiöse und akademische bzw. Forschungs-Organisationen. Die regionalen Prozesse werden von regionalen Initiatoren moderiert, die gemeinsam durch eine Internationale Lenkungsgruppe (International Steering Group ISG) die Richtung von GPPAC bestimmen. Dem globalen Prozess dient das Internationale Sekretariat, das gegenwärtig vom European Centre for Conflict Prevention (ECCP) beherbergt wird.



Weitere Informationen bei:

European Centre for Conflict Prevention

P.O. Box 14069
3508 SC Utrecht
The Netherlands
Tel: +31 30 242 77 77
Fax: +31 30 236 92 68
E-Mail: info@conflict-prevention.net
Webseite: www.conflict-prevention.net / www.gppac.net

Bund für Soziale Verteidigung

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel.: 0571-29456
Fax: 0571-23019
E-Mail: info@soziale-verteidigung.de
Webseite: www.soziale-verteidigung.de

Forum Ziviler Friedensdienst

Wesselstraße 12
53113 Bonn
Tel.: 0228 9 81 45 15
Fax: 0228 9 81 45 17
E-mail: wagner@forumZFD.de
Webseite: www.forumZFD.de